



WERK *und* WIR

1

1959

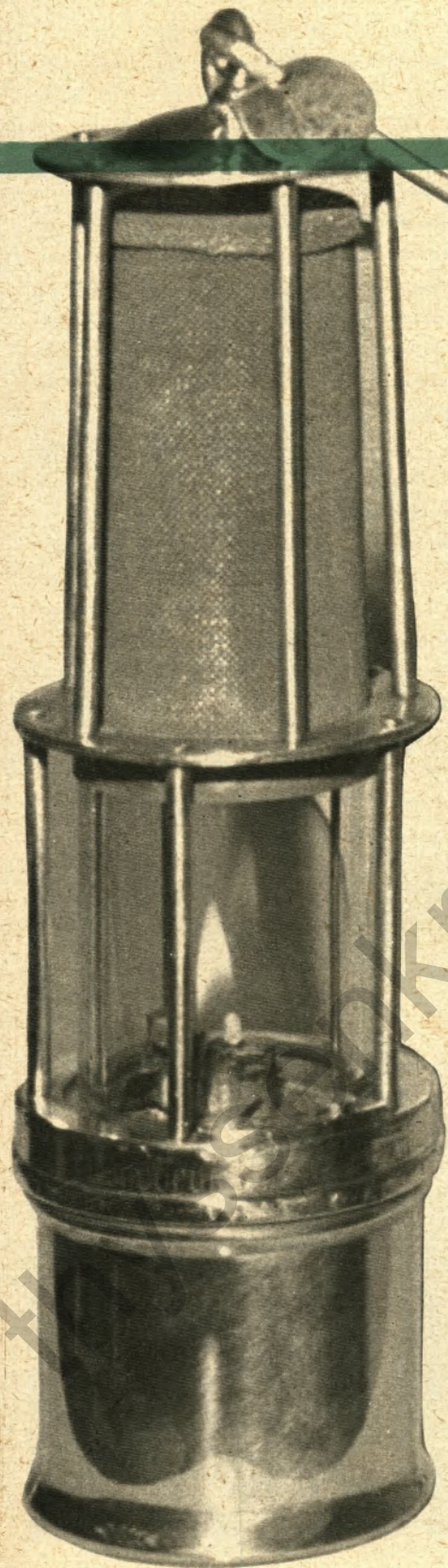


Hoesch-Pensionsordnung auf zeitgemäßer Grundlage

Als der Deutsche Bundestag im Frühjahr 1957 die Rentenreformgesetze verabschiedete – und das geschah mit so großer Mehrheit, daß dadurch die Bedeutung der Stunde noch besonders unterstrichen wurde –, hat wohl ein jeder, obwohl diese „Große Sozialreform“ noch manchen Wunsch und manche Forderung unerfüllt ließ, diese Gesetzgebung als einen besonderen Fortschritt auf dem Gebiete der Altersversorgung angesehen. Denn diese Rentenreformgesetze verwirklichen erstmals den Grundsatz, daß an der Entwicklung des Lebensstandards auch diejenigen teilhaben, die infolge Alters oder Krankheit ihren Lebensunterhalt nicht mehr selbst verdienen können. Viele Jahre lang waren die Sozialrenten so unzureichend gewesen, daß sie – vor allem, wenn man die Preisentwicklung berücksichtigt – kaum zu mehr ausreichten, als das nackte Leben zu fristen. Bei dieser Lage haben die Werksrenten unsere Rentner oft vor wirklicher Not und Sorge bewahrt; aus diesem Grunde auch hatte der Aufsichtsrat sie, weil die Rentenreformgesetze so lange auf sich warten ließen, um 30 v. H. erhöht. Diese Maßnahme war eine Übergangsmaßnahme, bis zur Rentenreform befristet. Dank der Rentenreformgesetze haben sich die Sozialrenten nicht unbeträchtlich erhöht, so daß nicht selten das Renteneinkommen mancher Werksrentner – also die Sozialrente mit der Werksrente zusammengerechnet – nur unwesentlich unter dem Nettoarbeitseinkommen (das ist das Arbeitseinkommen abzüglich der Steuern und Sozialversicherungsbeiträge) vergleichbarer aktiver Belegschaftsmitglieder und manchmal sogar darüber lag. Keiner wird das für ein gesundes Verhältnis halten; denn es sollte zwischen dem Renteneinkommen und dem Einkommen derer, die noch arbeiten und darum auch höhere Aufwendungen haben, ein gesundes Verhältnis bestehen. Unter diesem Gesichtspunkt, aber auch unter dem, die vor einigen Jahren von unseren Belegschaften besonders begrüßten Bestimmungen unserer Hoesch-Pensionsordnung wenn irgend möglich zu erhalten, standen die von gegenseitigem Verständnis getragenen, ernsten, langwierigen und abschließend vom Aufsichtsrat der Hoesch Werke gebilligten Verhandlungen, die Vorstand und Gemeinschaftsausschuß aller Betriebsräte wegen der neuen Pensionsordnung miteinander führten. Um der durch die Rentenreformgesetze geschaffenen neuen Lage gerecht zu werden, war die bisherige Pensionsordnung um-, ja nezugestalten. Als Grundlage der Beratungen diente eine von der Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie erarbeitete und den Mitgliedsgesellschaften zur Einführung empfohlene Musterpensionsordnung. In gemeinsamer Arbeit haben der Gemeinschaftsausschuß aller Betriebsräte mit dem Vorstand und mit dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke nunmehr eine Pensionsordnung geschaffen, die die Grundsätze dieser Musterpensionsordnung übernimmt und zugleich auch bewährte und sozial gerechtfertigte Regelungen der alten Hoesch-Pensionsordnung – wir erinnern unter anderem an die Rentenregelung bei Betriebsunfällen – beibehält. WERK UND WIR berichtet in diesem Heft ausführlich über die wesentlichen Bestimmungen dieser neuen Pensionsordnung. Nur eine entscheidende Änderung gegenüber der bisherigen Pensionsordnung sei hier genannt: die Werksrente wird vom 1. Oktober 1959 als dem Tage des Inkrafttretens der neuen Pensionsordnung ab nach Prozentsätzen des letzten rentenfähigen Einkommens bemessen; damit folgt die Festsetzung der Werksrenten der Entwicklung der Arbeitseinkommen, während die vom Bundestag in bestimmten Abständen gemäß der Entwicklung des Sozialproduktes zu beschließende Erhöhung der Sozialrenten auch den Werksrentnern in vollem Umfange verbleibt. Mit dieser Rentenberechnung ist unsere Pensionsordnung, die den Kern unserer betrieblichen Sozialarbeit darstellt, auf eine neue zeitgemäße Grundlage gestellt. Der sozialpolitischen Grundauffassung unserer Zeit: wer aus dem Arbeitsleben ausscheidet, soll mit Hilfe seiner Rente die im Sozialgefüge und in der Gesellschaft erworbene Stellung behalten, sind wir ein ganzes Stück näher gekommen. Wir wissen, daß das soziale Leben vielgestaltig ist und daß in Einzelfällen, deren es sicherlich nicht einmal wenige gibt, auch jetzt noch manche Wünsche offen bleiben. Gleichwohl sollten wir nicht verkennen, daß auch unsere Pensionsordnung sich von dem Gedanken der Sozialreform leiten läßt, die Arbeit nicht nur im Lohn, sondern auch später in der Rente gerecht zu bewerten.

Junge Menschen lernen für die Zukunft

**Die Kaiserstuhl-Schachtanlagen
bauten eine Bergberufsschule**



Durch die breite Fensterwand in einer Klasse der neuen Bergberufsschule sehen die jungen Bergleute das Fördergerüst von Kaiserstuhl Westfeld. Dahinter sind im nebligen Winterwetter gerade noch die Umrisse des neuen Förderturms zu erkennen. Achtundzwanzig Berglehrlinge werden in dieser Klasse unterrichtet. 412 Berglehrlinge und Bergjungeleute sind es insgesamt, die in der neuen Bergberufsschule einmal in der Woche Unterricht haben und die genauso begeistert von der neuen Schule sind wie ihre Lehrer.

Seit dem 1. November 1957 ist Dipl.-Ing. Schäfer Leiter der Schule. Er kennt noch die behelfsmäßigen dunklen Klassenräume, in denen man bislang hatte unterrichten müssen.

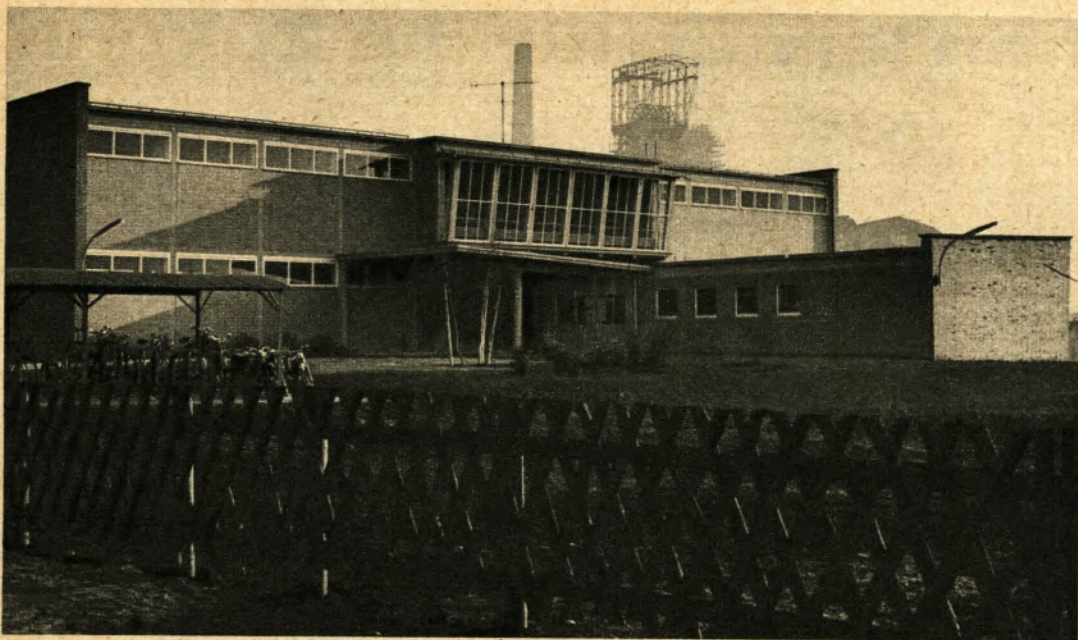
Weder für die Lehrer noch für die Schüler gab es einen Pausenraum, und selbst für die Lehrmittel war kein Platz vorhanden. „Nur der, der unsere alten Räume gesehen hat, kann verstehen, wie wohl wir uns in der neuen Schule fühlen.“

Ein moderner Stahlskelettbau

Hell und freundlich liegt die Schule – ein Stahlskelettbau, mit Klinkern verblendet – neben der Zeche Kaiserstuhl Westfeld. Um möglichst viel Platz zu sparen, wurde sie sternförmig angelegt. Von der Eingangshalle und von der oberen Halle aus kann man alle Klassenzimmer unmittelbar erreichen. Die obere Halle dient außerdem als Versammlungsraum. Der Bau

►
Schaut man durch die breiten Fenster dieser Klasse der neuen Bergberufsschule auf Kaiserstuhl Westfeld, kann man sogar im düsteren Winterwetter die Umrisse des nahen Förderturms von Schacht 3 erkennen. Unser Bild zeigt die Berglehrlinge (v. l. n. r.) Klaus-Peter Göhlich, Wolfgang Schmidt, Hans-Werner Potanik und Erhard Steinberg





◀ Die neue Schule ist ein moderner, sternförmig angelegter Stahlskelettbau

könnten. Das würde allerdings eine Reform der Lehrpläne voraussetzen.“

Nur Qualität wird im Wettbewerb bestehen

An einem dunklen Novembernachmittag – es war der 27. des Monats – wiesen in der neuen Schule leuchtende Grubenlampen den Weg von der Vorhalle die Treppe hinauf ins erste Stockwerk. Hier wurde in einer schlichten Feierstunde die neue Schule eingeweiht.

Arbeitsdirektor Hoffmann von der Hoesch Bergwerks-AG begrüßte die Herren des Aufsichtsrates, die Vertreter der Bergbehörde, der Industriegewerkschaft Bergbau, der Berggewerkschaftskasse, der Stadtverwaltung, des Arbeitsamtes und die Betriebs- und Betriebsjugendvertretung. In seiner Ansprache hob er hervor, daß die Schule in erster Linie die Aufgabe habe, den jungen Bergleuten das theoretische Wissen für ihren Beruf mitzugeben. „Diese Aufgabe kann in der neuen Schule vorbildlich gelöst werden.“

Aufsichtsratsvorsitzender Bergassessor a. D. Hansen dankte danach allen, die sich für die neue Schule eingesetzt haben. Er sagte: „Das deutsche Volk wird auf die Dauer den harten Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt nur dann bestehen, wenn es Qualitätsarbeit liefert. Diese Schule soll mithelfen, das notwendige geistige Rüstzeug zu vermitteln, damit der Bergmann nicht nur handwerklich, sondern auch theoretisch ausreichend vorgebildet ist. So gesehen kommt die neue Schule letzten Endes auch der gesamten Volkswirtschaft zugute.“

umfaßt sechs Klassen von je sieben Meter Breite und zehn Meter Länge, einen Modellraum für das Anschauungsmaterial und die Geräte sowie die Lehrerzimmer.

Die Klassenräume wurden mit Tischen und Stühlen modern eingerichtet. In einem Vorraum wird die Garderobe der Schüler aufbewahrt. Vor jedem Klassenraum befindet sich außerdem noch ein Vorbereitungszimmer für die Lehrer.

Die Schachtanlage Kaiserstuhl Westfeld versorgt das Haus mit Warmwasser für die Heizung und speist die Lichtanlage. In allen Räumen ist eine neue Lüftung eingebaut – tiefliegende Luftplatten auf der einen Fensterseite, durch die die Frischluft einzieht, und hochgelegene Abzugsplatten auf der gegenüberliegenden Fensterseite, aus der die verbrauchte Luft abzieht.

Wie man's macht und weshalb gerade so

Fragt man nach der Aufgabe der Bergberufsschule, so erhält man die einfache Antwort: Die Berufsschule vermittelt dem jungen Bergmann die theoretische Ausbildung. Praktische und theoretische Ausbildung haben das gleiche Ziel: sie sollen den jugendlichen Nachwuchs für den Bergbau heranbilden, indem in der Praxis – im Lehrrevier – gezeigt wird, wie man die Arbeit macht, bei der theoretischen Ausbildung, weshalb man sie so macht.

„Deshalb ist es wichtig, daß der Berufsschullehrer mit dem aus dem Betrieb kommenden Ausbildungsleiter eng zusammenarbeitet“, sagte Hauptausbildungsleiter der Hoesch Bergwerks-AG, Dipl.-Ing. Reinert. „Ideal wäre es, wenn Ausbilder im Lehrrevier und Lehrer in der Schule gleichzeitig denselben Stoff behandeln

1 Am 27. November wurde die Schule in einer schlichten Feierstunde eingeweiht. Arbeitsdirektor Hoffmann begrüßte die Gäste

2 Bergassessor a. D. Hansen überreichte als Aufsichtsratsvorsitzender der Hoesch Bergwerks-AG Berufsschulleiter Dipl.-Ing. Schäfer den Schlüssel der Schule und wünschte ihm für die Zukunft erfolgreiche Arbeit



Bergassessor a. D. Hansen betonte abschließend, daß es für die Lehrer wie für die Schüler bestimmt eine Freude sein müsse, in dieser schönen Schule zu unterrichten oder zu lernen. Er überreichte dem Schulleiter, Dipl.-Ing. Schäfer, den Schlüssel zur Schule und wünschte ihm und dem Lehrerkollegium für die Zukunft erfolgreiche Arbeit.

Im Namen der Betriebsangehörigen wünschte Betriebsratsvorsitzender Krieteimer von Kaiserstuhl Westfeld den Lehrern und Schülern im neu errichteten Haus „gutes Gelingen“. Er dankte dem Vorstand und den Aufsichtsräten und sprach dabei den Wunsch aus, daß in der Schule in Zukunft „ordentliche und tatkräftige Menschen geformt werden mögen.“

Auch Oberbergrat Kleine-Doepke von der Bergbehörde drückte die Hoffnung aus, daß die Schule dazu beitragen möge, verantwortungsvolle Menschen zu erziehen, die in der Lage seien, selbständig zu denken und zu handeln. Sein besonderer Wunsch galt der engen Zusammenarbeit zwischen dem Leiter der Schule und dem Ausbildungsleiter der Zeche.

1921 wurden Berufsschulen eingeführt

Oberbergrat Otto, der Vertreter der Gewerkschaftskasse, erinnerte an das Jahr 1921, als die ersten Berufsschulen gegründet wurden. Es war eine Zeit, in der die Wirtschaft schwer zu kämpfen hatte. Man erkannte damals den Wert einer guten theoretischen Ausbildung und führte die Berufsschule ein, wenn auch noch zunächst mit nebenamtlichen Lehrern. Oberbergrat Otto wies auch darauf hin, daß es nicht unwesentlich für die innere Haltung des jungen Menschen sei, in welcher Umgebung diese theoretische Ausbildung stattfindet, ob da-



3 Betriebsratsvorsitzender Krieteimer von Kaiserstuhl Westfeld dankt dem Aufsichtsrat und dem Vorstand für die neue Schule

4 Dem Nachwuchs im Bergbau gilt ihre Fürsorge. Von links nach rechts: Hauptausbildungsleiter Dipl.-Ing. Reinert, Oberbergrat Kleine-Doepke, Bergberufsschulleiter Dipl.-Ing. Schäfer, Oberbergrat Otto, Oberbergrat Dr. Meyer und Bergassessor a. D. Hansen

5 Endlich gibt es nun auch ein Lehrerzimmer. V. l. n. r.: Bergberufsschulleiter Dipl.-Ing. Godhard Schäfer, Berggewerbeoberlehrer Hans Fillnow, Berggewerbeoberlehrer Günther Schumacher, Berggewerbeoberlehrer Ing. Ernst Kasperkowitz

6 Gewerbeoberlehrer Schumacher an der Rundsprech- und Rundfunkanlage, mit der die neue Schule eingerichtet ist



Gebäude zum Beispiel sauber, schlicht und zweckmäßig sei wie die neue Schule.

Für die Industriegewerkschaft Bergbau sprach der Dortmunder Jugendsekretär Ernst Bartsch. Er hob hervor, daß die neue Schule vorbildlich für den Dortmunder Schulbezirk sei und daß der Bergbau für seine Berglehrlinge noch mehr theoretischen Unterricht verlange. Deshalb möge man anstreben, die theoretische Ausbildung in der Berufsschule zu erweitern. „Hier muß nämlich oft nachgeholt werden, was die Volksschule nicht geschafft hat.“

Dr. Lehmann, Leiter des Arbeitsamtes Dortmund, betonte, daß die neue Schule fachlich, geistig und charakterlich einwandfreie Nachwuchskräfte formen solle. „Erst wenn die Bevölkerung diese Bemühungen seitens der Zehengesellschaften sieht, werden auch trotz der gegenwärtigen Krise junge Menschen den Beruf des Bergmanns ergreifen und sich in ihm voll entfalten können.“

Aufsichtsbehörde ist die Berggewerkschaftskasse

Die Aufsichtsbehörde der Bergberufsschule ist nicht die Zeche – die zwar den Bau der Schule finanziert hat und auch für jeden Schüler Schulgeld zahlt –, sondern die Berggewerkschaftskasse. Ihr unterstehen im Ruhrrevier nicht nur die Bergberufsschulen, sondern auch die Bergfachschulen und deren Vorschulen, in denen die Steiger ausgebildet werden. Die Berggewerkschaftskasse hat verschiedene Schulaufsichtsbezirke, denen je ein Bezirksschuldirektor vorsteht. Er ist als Schulaufsichtsbeamter vom Oberbergamt eingesetzt. Die Berggewerkschaftskasse ist eine gemeinnützige Organisation, deren Verwaltung vom Oberbergamt beaufsichtigt wird. Damit beaufsichtigt das Oberbergamt gleichzeitig den Betrieb und die Schule, und auf diese Weise ergibt sich – wenn auch übergeordnet – eine neue Verbindung zwischen Zeche und Schule.

Unsere neue Bergberufsschule für die Zechen Kaiserstuhl Ostfeld und Westfeld umfaßt fünfzehn Pflichtklassen. Die Berglehrlinge besuchen während ihrer dreijährigen Lehrzeit zuerst die Unterstufe, dann die Mittelstufe und zuletzt die Oberstufe. In einer Freiwilligenklasse arbeiten zusätzlich die Jungen der Oberstufe, die ihre Kenntnisse in Deutsch und Rechnen vervollständigen wollen. In einer zweiten Freiwilligenklasse lernen die Schüler, die sich zur Aufnahme in die Bergfachschule vorbereiten. Einmal in der Woche haben die Berglehrlinge Schule, und jeder dieser Schultage umfaßt neun Schulstunden. In vier Stunden wird Arbeitskunde unterrichtet, in den übrigen Bürgerkunde und christliche Lebenskunde. Zwei Stunden lang wird Sport getrieben. WERK UND WIR war vor kurzem Gast während solch einer Schulstunde. Arbeitskunde war gerade an der Reihe. Das Thema der Stunde hieß: „Das Eisen“. Wie es in unserer Bergberufsschule während dieser Stunde zuging, schildert der folgende Bericht.

Eine Stunde in der Bergberufsschule

Die Pause ist zu Ende. Der Gong ruft die Jungen, die ihre Milch getrunken haben, zurück ins Klassenzimmer.

„In der letzten Stunde haben wir über den Hüttenkoks gesprochen“, sagt Klaus. „Ob wohl heute der Hochofen drankommt?“ „Vielleicht besprechen wir auch das Eisen“, meint der lange Willi. Bevor er ausgesprochen hat, ist der Lehrer eingetreten und beginnt vom Neandertaler Höhlenmenschen zu erzählen. Von ihm war nämlich auch in der letzten Stunde schön die Rede. „Damals fertigten die Menschen ihre Geräte aus Steinen an. Die Zeit, in der diese Menschen lebten, hatte einen besonderen Namen und hieß...?“

Der Lehrer blickt in die Runde.

„Es war die Steinzeit“, sagt der lange Willi.

„Hier ist ein Feuerstein aus dieser Zeit“, fährt der Lehrer fort und zeigt ihn herum. „Der ist aber scharfkantig“, meinen die Jungen. Im eifrigen Gespräch finden sie heraus, daß man diese Steine behauen, schleifen und sogar durchbohren kann. „Etwa 2000 Jahre vor Christi Geburt kamen Händler aus den Ländern am Mittelmeer, die brachten Geräte aus einem neuen fremdartigen Rohstoff mit“, erzählt der Lehrer.

„Das könnte Bronze sein?“ meint der kleine Hans-Günter zögernd.

„Ja sicher, es war Bronze, und Bronze ist besser zu verarbeiten als Feuerstein. Bronze ist eine Legierung von Kupfer und Zinn. Kupfer heißt lateinisch cuprum und ursprünglich Cyprum. Wer kann sich denken, wo es hergekommen ist?“

Die Jungen suchen auf der Landkarte. Der pfiffige Wolfgang schaltet zuerst: „Kommt das Kupfer am Ende von Cypern?“

„Stimmt! Steinzeit–Bronzezeit–und danach die Eisenzeit. Eisen war nämlich noch besser als Stein und Bronze. Man konnte es schmieden. Das Schmiedehandwerk war früher ein hohe Kunst. Die Wieland- und Siegfried-Sage berichten davon.“ Als der Lehrer noch hinzufügt, daß die ersten Bergleute im Siegerland die kleinwüchs-

sigen Illyrer waren, finden die Jungen auch eine Verbindung zum Sagenkreis der Zwerge.

„Früher hatten wir die Steinzeit, die Bronzezeit und schließlich die Eisenzeit“, faßt Ulrich zusammen. „Dann leben wir heute wohl in der Atomzeit?“ Alle stimmen zu. Aber der Lehrer muß bremsen: „Ist denn das Atom ein Werkstoff?“

Da kommen sie alle selbst darauf. Nein, natürlich nicht, Atomkraft ist etwas anderes. „Das gehört zur Dampfkraft, zur Elektrizität. Atomkraft ist ein Energieträger.“ Und schließlich erkennen die Jungen von selber: „Wir sind auch heute noch mitten in der Eisenzeit. Eisen begleitet uns täglich. Wir finden es im Haushalt und in den Werken, in der Industrie überhaupt und besonders auch bei uns im Bergbau. Kohle und Eisen gehören eng zusammen. Und nicht nur, daß wir Eisen im Bergbau benötigen. Die Eisenindustrie ist ja einer der wichtigsten Abnehmer des Steinkohlenbergbaus.“

Nun erinnert der Lehrer daran, daß schon die alten Ägypter das Eisen vor 6000 Jahren gekannt haben. „Sie nannten es das Metall des Himmels.“

„Da sind sicher die Sternschnuppen gemeint oder die Meteore?“ Der Lehrer erklärt den Jungen, daß Meteore schon beim Eindringen in die Lufthülle zerspringen. Die Stücke, die auf die Erde fallen, nennt man Meteoriten. Der größte Meteorit, den man gefunden hat, ist 1908 in Sibirien niedergefallen. Er wiegt etwa 500 000 Tonnen.

Unter dieser Zahl kann sich niemand etwas vorstellen. „Wie groß ist er gewesen? Womit können wir seine Größe vergleichen?“ Jetzt kommen die Rechner zu Wort. Unbemerkt ist die Fachkunde ins Fachrechnen übergegangen.

► Verständlich, daß die Jungen über den Abbauhammer ganz besonders gut Bescheid wissen müssen. Er wird hier von Gewerbeoberlehrer Kasperkowitz in allen Einzelheiten erklärt

An der Tafel wird eifrig geschrieben. „Wievielmals können wir unseren Klassenraum in so einem Meteoriten unterbringen?“

Schließlich stellt es sich heraus: „250mal“.

„Gut, daß dieser Eisenklumpen in unbewohntes Gebiet fiel“, meint Günter. Ein andermal sauste so ein Meteorit auf das Gebiet einer Farm bei Otavi in Südwafrika. Er wog siebzig Tonnen. Und wieder wird gerechnet. Er geht dreißigmal in unser Klassenzimmer hinein! „Groß genug, wenn er einem auf den Kopf fällt“, meint Gerhard.

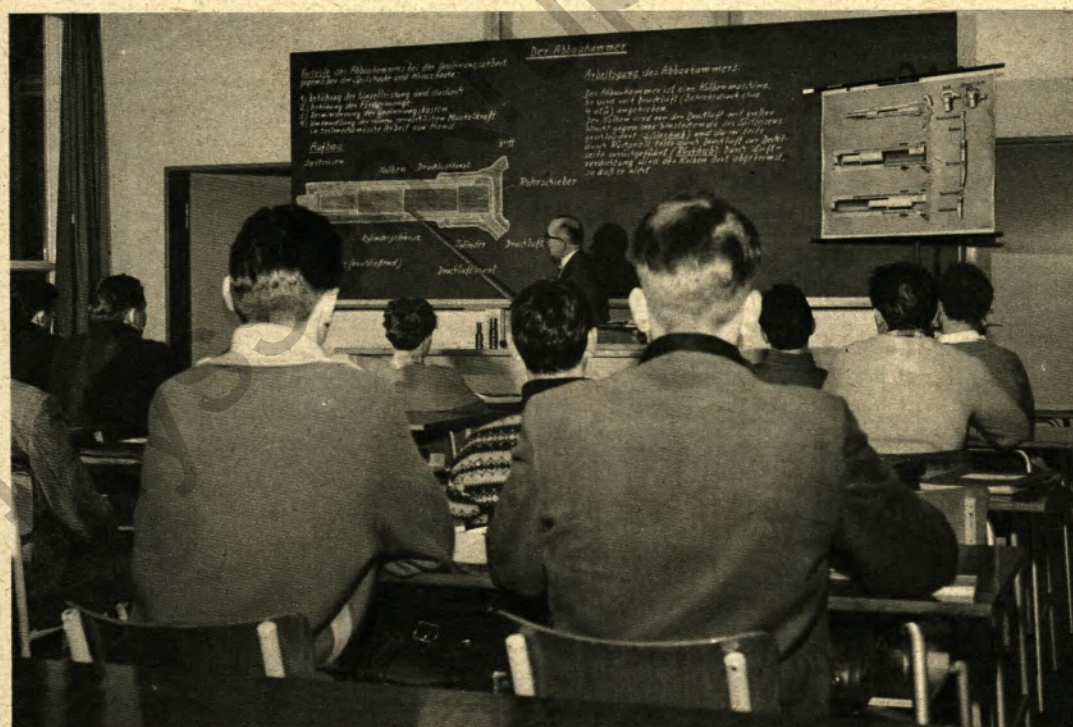
„Nun, so oft fällt ja auch kein Eisen vom Himmel, und es wäre schlecht bestellt, wären wir nur darauf angewiesen. Der Rohstoff, aus dem unser Eisen in den Hochöfen erschmolzen wird, ist das Eisenerz.“ Der Lehrer zeichnet eine Skizze an die Tafel. Ein Ausschnitt des Erdinnern entsteht. Die Entstehung der Eisenerzvorkommen.

Alle zeichnen die Skizze nach. Vom Fachrechnen kam man zum Fachzeichnen und darüber hinaus in die Erdkunde.

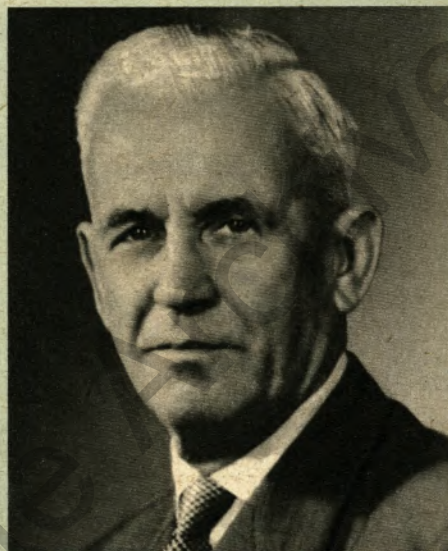
Die wichtigsten Arten der Eisenerze werden besprochen. Proben gehen von Hand zu Hand. Die Vorkommen sucht man auf der Karte. Anhand der Karte wird der Weg des Magneteisens vom Erzberg in Kiruna bis zur Hoesch-Westfalenhütte in Dortmund verfolgt.

Der Lehrer wirft einen Blick auf die Uhr. Noch fünf Minuten bis zur Pause. „Wir fassen noch einmal zusammen ...!“ Dann gibt der Gong das Zeichen – die Stunde ist zu Ende, eine Stunde Arbeitskunde in der Bergberufsschule ...

▼ Am Schwarzen Brett in der Eingangshalle ist immer etwas angeschlagen, über das die Jungen diskutieren können



50 JAHRE BEI UNS



Als Hans Nink am 8. Januar bei der Trierer Walzwerk AG sein fünfzigstes Dienstjubiläum feierte, stellte er nebenbei noch einen anderen, weitaus selteneren Rekord auf: er ist nämlich der dritte der Gebrüder Nink, der das 50jährige Arbeitsjubiläum im Trierer Werk feiern kann. Hans Nink wurde am 2. März 1894 in Trier geboren und begann am 8. Januar 1909 in der Federstahlabteilung zu arbeiten. Nach einer Verwundung wurde er 1915 aus dem Kriegsdienst entlassen. 1917 wurde er Vorarbeiter in der Federstahlabteilung, 1939 wurde er als Abteilungsmeister in das Werk Burg bei Magdeburg versetzt. Nach Kriegsende kehrte er nach Trier zurück und nahm seine Tätigkeit als Meister in der Federstahlabteilung wieder auf. Seitdem diese Abteilung 1953 aufgelöst wurde, arbeitet er als Meister in der Packbandabteilung. Hans Nink war in seiner Jugend begeisterter Fußballspieler – und noch heute zieht es ihn als Schiedsrichter oft auf den Fußballplatz.



▲ Albert Kronsbein hat 37 Jahre bei der Westfalenhütte gearbeitet. Er war erster Scherenmann und ist seit 1956 Rentner

Aufsichtsrat beschloß neue Pensionsordnung

Mit der neuen Pensionsordnung wird die Altersversorgung unserer Mitarbeiter neu geregelt. Sie ist auf der Grundlage der Musterpensionsordnung der Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie in enger Zusammenarbeit zwischen dem Gemeinschaftsausschuß aller Hoesch-Betriebsräte, dem Vorstand und dem Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG entstanden. Alle Belegschaftsmitglieder und Pensionäre der Hoesch Werke erhalten die neue Pensionsordnung auch noch im vollen Wortlaut. WERK UND WIR erläutert in dem folgenden Bericht ihre wesentlichen Bestimmungen.

Viele unserer Werksrentner waren Anfang Dezember, als sie ihre Werksrente erhielten, nicht wenig erstaunt. Weshalb? Der Briefträger legte ihnen die doppelte Summe des sonst üblichen monatlichen Betrages auf den Tisch. Mit dieser Überweisung kündigte sich für alle Werksrentner unsere neue Pensionsordnung an. Der doppelte Betrag im Dezember war der Bestimmung in § 2 Absatz 2 zu verdanken, nach der nunmehr unsere Werks-

renten monatlich im voraus ausgehändigt werden, während sie bisher nachträglich gezahlt wurden.

Die neue Pensionsordnung war vom Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG am 25. September 1958 beschlossen worden und trat vom 1. Oktober 1958 an in Kraft. Sie gilt für alle Arbeiter und Angestellte der Hoesch-Gesellschaften, außer denen, die der Knappschaft angehören. Es ist verständlich, daß auch bei den Angestellten,

die nach den Hoesch-Richtlinien für Angestellte oder nach den Bestimmungen des Essener Verbandes Ruhegehalt beziehen, die Werksrente ruht.

Gemeinsame Grundsätze der eisen-schaffenden Industrie Westdeutschlands

Die neue Pensionsordnung entspricht im allgemeinen der von der Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie erarbeiteten Musterpensionsordnung. Bereits 1953 hatten sich die meisten Gesellschaften der eisen-schaffenden Industrie Westdeutschlands zu einer Pensionsvereinigung zusammengeschlossen, um gemeinsam die von der Stahltreuhändervereinigung erarbeitete Musterpensionsordnung anzuwenden. Deshalb bestehen seit 1953 in der eisen-schaffenden Industrie Westdeutschlands überwiegend ähnlich lautende Pensionsordnungen mit der wesentlichen Bestimmung, die auch bei anderen Mitgliedsgesellschaften verbrachten Dienstjahre gegenseitig anzurechnen. Die Altersversorgung der Mitgliedsgesellschaften mußte neu geregelt werden, weil die Rentenreformgesetze eine neue Lage geschaffen haben. Die am 22. Januar vom Bundestag verabschiedeten Rentenreformgesetze, über die wir in WERK UND WIR Heft 2/3 1957 berichtet haben, erhöhten vom 1. Januar 1957 an die bis dahin sehr unzureichenden Sozialrenten. Nach einer repräsentativen Erhebung der Pensionsvereinigung sind nach den Rentenreformgesetzen die öffentlichen Renten von Werksrentnern (deren Werke Mitgliedsgesellschaften der Pensionsvereinigung sind) von durchschnittlich 168 DM um nicht weniger als 162 DM oder 96 v. H. auf durchschnittlich 330 DM gestiegen. Da in Zukunft nach den Rentenreformgesetzen die laufenden Renten an das zunehmende Lohn- und Gehaltsniveau angepaßt werden sollen, nehmen die Werksrentner auch weiterhin am steigenden Lebensstandard teil.

Werksrente ergänzt die öffentliche Rente

Die erfreuliche und seit langem sehnlich erwartete Erhöhung der öffentlichen Renten muß sich verständlicherweise auch auf unsere Werksrenten auswirken. Denn Werksrenten können stets nur die Aufgabe haben, die öffentlichen Renten zu ergänzen. Grundlage des Renteneinkommens muß die allgemeine öffentliche Rente bleiben. Je höher und ausreicher sie ist, desto niedriger können die Werksrenten bemessen sein, denn es muß bedacht werden, daß das Renteneinkommen stets einen gesunden Abstand zum Arbeitseinkommen haben sollte.

► Zusammen sind die beiden Rentner Karl Kiepe (links) und Wilhelm Berg 156 Jahre alt. Von diesen 156 Jahren haben sie 90 Jahre im Dienst der Dörken AG in Gevelsberg verbracht. Auf unserem Bild zahlt ihnen Prokurist Karl Bunge (rechts) die Werksrente aus

Nach diesem Grundsatz hatte auch der Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG seinerzeit beschlossen – als die Rentenreformgesetze allzu lange auf sich warten ließen und die Lebenshaltungskosten immer stärker stiegen –, daß unseren Werksrentnern vom 1. April 1956 an eine Übergangszulage zu zahlen sei. Diese Übergangszulage, die 30 v.H. der damaligen Werksrenten ausmachte, wurde mit dem ausdrücklichen Hinweis gewährt, daß sie nur solange gezahlt werden sollte, bis die Rentenreformgesetze in Kraft träten. Obwohl dann die Sozialrenten rückwirkend vom 1. Januar 1957 an erhöht wurden, blieb die Übergangszulage bis einschließlich März 1957 bestehen.

Übergangsregelung galt ein Jahr

Die Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie beschäftigte sich nach der Rentenreform eingehend mit der Frage, ob und wie die bestehenden Pensionsordnungen nun zu ändern wären. Da zu übersehen war, daß diese Beratungen längere Zeit dauern würden, empfahl die Pensionsvereinigung den Mitgliedsgesellschaften, die Erhöhung der Sozialrenten zunächst durch eine Übergangsregelung zu berücksichtigen. Denn infolge der Erhöhung der Sozialrenten kam das gesamte Renteneinkommen mancher Werksrentner nahe an das Nettoarbeitseinkommen aktiver Belegschaftsmitglieder in vergleichbarer Stellung heran, in einzelnen Fällen lag es sogar darüber. Für die Werksrentner der Hoesch-Gesellschaften wurde diese Übergangsregelung am 1. Oktober 1957 wirksam. Sie galt genau ein Jahr, bis die neue Pensionsordnung ab 1. Oktober 1958 eingeführt wurde.

Diese Übergangsregelung legte fest, daß die Werksrenten nach dem Einkommen im Januar

1957 zu berechnen und dann um 25 v.H. zu kürzen seien. Das gesamte Renteneinkommen sollte 65 v.H. des rentenfähigen Einkommens, das entspricht rund 80 v.H. des Nettoeinkommens, nicht übersteigen. Mindestens wurde jedoch für jedes anrechnungsfähige Dienstjahr 1,50 DM gezahlt, nachdem ursprünglich als Mindestrente 1 DM vorgesehen war. Alle übrigen Bestimmungen der Pensionsordnung blieben zunächst bestehen. Die nach der Übergangsregelung festgesetzten Werksrenten durften für schon laufende Rentenfälle nicht mehr weiter gekürzt werden, auch dann nicht, wenn die Neuordnung der Pensionsordnung niedrigere Werksrenten ergeben würde. Viele Werksrenten werden sich sogar etwas erhöhen. Die meisten unserer Werksrentner sind inzwischen unterrichtet, wie hoch ihre neue Rente ist. Allen anderen wird das Ergebnis in diesen Tagen mitgeteilt. Es ist verständlich, daß einige Zeit notwendig war, um alle Renten neu zu berechnen.

Die neue Pensionsordnung und ihre Bestimmungen

Welche Bestimmungen enthält nun unsere neue Pensionsordnung, und welche erwähnenswerten Änderungen bringt sie gegenüber der bisher geltenden?

Unsere neue Pensionsordnung stimmt im wesentlichen mit der Musterpensionsordnung überein. An den zahlreichen Beratungen haben der Gemeinschaftsausschuß aller Betriebsräte, der Vorstand der Hoesch Werke AG, der Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG und dessen Pensionsausschuß teilgenommen. Dabei wurden die günstigeren Bestimmungen unserer alten Pensionsordnung im wesentlichen erhalten.

Eine Werksrente erhalten nach wie vor alle

Belegschaftsmitglieder, die das 65. Lebensjahr vollendet haben, aus dem Werk ausgeschieden sind und denen eine Dienstzeit von mindestens zehn Jahren angerechnet wird. Diese Wartezeit entfällt, wenn der Rentenfall überwiegend auf einen Arbeitsunfall oder auf eine mit der Arbeit zusammenhängende Erkrankung zurückzuführen ist (§ 4).

Als anrechnungsfähige Dienstzeit gelten wie bisher die Dienstjahre, in denen der Werksangehörige bis zum vollendeten 65. Lebensjahr in einem Arbeitsverhältnis zum Werk gestanden hat, nicht angerechnet werden die Dienstjahre, in denen er Pflichtmitglied der knappschaftlichen Rentenversicherung, und jene, in denen er als Lehrling oder Anlernling tätig gewesen ist (§ 5 Absatz 1). Dienstjahre, die Belegschaftsmitglieder knappschaftlich pflichtversichert waren, werden deswegen nicht angerechnet, weil die Arbeitgeberbeiträge für die Knappschaftsversicherung wesentlich höher liegen als diejenigen für die übrige Sozialversicherung und daher auch die Knappschaftsrenten die übrigen Sozialrenten beträchtlich übersteigen.

Wie zuvor werden den Belegschaftsmitgliedern auch diejenigen Dienstjahre angerechnet, die sie bei einem anderen Mitgliedsunternehmen der „Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie“ oder deren Tochtergesellschaften mit entsprechender Pensionsordnung verbracht haben (§ 5 Absatz 2a).

Renten werden nach neuen Grundsätzen bemessen

Nach der neuen Pensionsordnung werden die Renten auch anders bemessen – und zwar nach Prozentsätzen des rentenfähigen Einkommens. Die monatliche Rente beträgt für jedes Dienstjahr ein Drittel v. H. des rentenfähigen Einkommens. Nach dieser neuen Bestimmung ergibt ein höheres Arbeitseinkommen auch eine im gleichen Verhältnis höhere Werksrente.

Als rentenfähiges Einkommen gilt im allgemeinen das Bruttoarbeitseinkommen der beiden letzten Dienstjahre. Liegt das durchschnittliche monatliche Bruttoentgelt der letzten fünf anrechnungsfähigen Dienstjahre jedoch höher, so gilt dieses als rentenfähiges Einkommen. Bei Belegschaftsmitgliedern, die unverschuldet an geringer bezahlte Arbeitsplätze versetzt wurden, wird – falls dies günstiger ist – der monatliche Bruttoverdienst eingesetzt, den sie bezögen, wenn sie die überwiegend ausgeübte Tätigkeit auch weiterhin beibehalten hätten.

Zum rentenfähigen Einkommen zählt auch das Überstundenentgelt, während Sonderzuwendungen, wie Abschlußvergütung, Weihnachts- und Jubiläumsgeld oder dergleichen unberücksichtigt bleiben.

Neue Mindestrenten

Bisher galt nach der Übergangsregelung eine einheitliche Mindestrente von 1,50 DM, und auch die bereits mehrfach erwähnte Muster-



pensionsordnung hatte den gleichen Betrag von 1,50 DM vorgesehen. Auf Antrag des Gemeinschaftsausschusses der Betriebsräte wurde nun, um eine längere Werkszugehörigkeit auch entsprechend anzuerkennen, folgende Bestimmung vereinbart: Die Mindestrente je Dienstjahr beträgt:

- für das 1. bis 30. Dienstjahr 1,50 DM,
- für das 31. bis 40. Dienstjahr 1,75 DM,
- für das 41. u. die folgenden Dienstjahre 2 DM.

Nach der Übergangsregelung erhielten alle Belegschaftsmitglieder einen einheitlichen Grundbetrag von 15 DM und einen zusätzlichen Steigerungsbetrag, jedoch mindestens 20 DM. Der Steigerungsbetrag machte für jedes nach der Wartezeit vollendete Dienstjahr für Belegschaftsmitglieder mit einem Monatseinkommen bis 500 DM 1,50 DM, für Belegschaftsmitglieder mit einem Monatseinkommen über 500 DM 1,90 DM aus.

Die Mindestrente für Belegschaftsmitglieder beläuft sich wie bisher auf 20 DM, für Witwen und Witwer auf 15 DM, für Waisen auf 10 DM und für Vollwaisen auf 15 DM.

Die Witwenrente beträgt weiterhin sechzig v. H. der Rente, die der Werksrentner bezogen hat oder bezogen hätte, wenn er im Zeitpunkt seines Ablebens Rentner geworden wäre. Für Waisenrenten beläuft sich dieser Prozentsatz auf zwanzig v. H., für Vollwaisenrenten auf dreißig v. H. Die Witwen- und Waisenrenten dürfen zusammen den Rentenbetrag nicht übersteigen, den der Werksrentner bezogen hat oder bei seinem Tode bezogen hätte, wäre er zu diesem Zeitpunkt rentenberechtigt ge-

worden. Die Witwen- und Waisenrenten werden sonst entsprechend gekürzt.

Höchstgrenze des Renteneinkommens liegt zwischen 65 und 70 v. H.

Seit der Übergangsregelung wurde die Werksrente, wenn sie mit der öffentlichen Rente zusammen 65 v. H. des rentenfähigen Einkommens überstieg, um den Betrag gekürzt, der über der 65-Prozent-Grenze lag. Nunmehr erhöht sich diese Grenze bei mehr als dreißig anrechnungsfähigen Dienstjahren für jedes weitere Dienstjahr um ein Drittel v. H., höchstens jedoch auf siebenzig v. H. des rentenfähigen Einkommens. Wird neben Altersruhegeld, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente oder Übergangsgeld aus der gesetzlichen Rentenversicherung eine Rente aus der gesetzlichen Unfallversicherung gewährt, beträgt die Höchstgrenze 80 bzw. 85 v. H. des rentenfähigen Bruttoeinkommens. Auch bei diesen Rentenfällen werden jedoch die Mindestrenten gezahlt, die für das 1. bis 30. Dienstjahr 1,50 DM, für das 31. bis 40. Dienstjahr 1,75 DM und für das 41. und die folgenden Dienstjahre 2 DM betragen.

Ein Werksrentner, der 42 Dienstjahre aufzuweisen hat, kann also 69 v. H. seines rentenfähigen Einkommens erhalten, bevor die Werksrente gekürzt wird. Bezieht er noch eine Rente aus der Unfallversicherung, so erhöht sich diese Grenze auf 84 v. H. Ein derartiges Renteneinkommen entspricht etwa dem Netto-Arbeits-einkommen eines aktiven Belegschaftsmit-

gliedes in vergleichbarer Stellung, da ein Rentner keine Sozialversicherungsbeiträge und im allgemeinen auch keine Steuern zu zahlen hat. Einkommen, das Werksrentner aus einem Arbeitsverhältnis oder sonstiger regelmäßiger Tätigkeit erzielen, kann auf die Renten nur angerechnet werden, soweit es zusammen mit der Werksrente und der Sozial- sowie Unfallrente das rentenfähige Einkommen (bei Witwen- und Waisenrenten einen ihrem Anteil an der Alters-, Berufs- oder Erwerbsunfähigkeitsrente aus dieser Pensionsordnung entsprechenden Teil) übersteigt.

Ein Beispiel, wie die Werksrente berechnet wird

Die Rentenberechnung nach der neuen Pensionsordnung soll ein Beispiel erläutern. Ein Werksrentner mit 42 Dienstjahren hat ein rentenfähiges Einkommen von 600 DM und bezieht eine Sozialrente von 360 DM.

Für jedes anrechnungsfähige Dienstjahr beträgt die Rente ein Drittel v. H. von 600 DM; das sind 2 DM. Da 42 Dienstjahre vorliegen, beträgt die Werksrente also 84 DM; bisher nach der Übergangsregelung 79,80 DM. Das gesamte Renteneinkommen beläuft sich danach auf 444 DM, das sind 74,0 v. H. des rentenfähigen Einkommens. Da dieser Werksrentner 42 Dienstjahre hat, wird seine Werksrente nach den Bestimmungen der Pensionsordnung dann gekürzt, wenn das gesamte Renteneinkommen 69,0 v. H. des pensionsfähigen Einkommens überschreitet. Das trifft hier zu. Deshalb muß die Werksrente gekürzt werden. Die Mindestrente beträgt jedoch für diesen Werksrentner 67 DM gegenüber 63 DM nach der Übergangsregelung. Die Mindestrente errechnet sich wie folgt:

für das 1. – 30. Dienstjahr	
je 1,50	= 45,— DM
für das 31. – 40. Dienstjahr	
je 1,75	= 17,50 DM
für das 41. und 42. Dienstjahr	
je 2,—	= 4,— DM
	66,50 DM
auf volle DM aufgerundet	67,— DM

Das gesamte Renteneinkommen erreicht somit 437 DM, das sind 72,8 v. H. des rentenfähigen Einkommens oder etwa 85 bis 90 v. H. des Nettoeinkommens.

Fünf Mitglieder in der Schlichtungsstelle

Die Werksrenten werden von den Pensionsausschüssen festgelegt, die bei jeder Hoesch-Gesellschaft bestehen. Jedem Pensionsausschuß gehören vier Mitglieder an, von denen die Werksleitung und der Betriebsrat je zwei bestellen.

Jeder Werksrentner oder dessen Hinterbliebenen und auch das Werk können innerhalb von vier Wochen gegen die Entscheidung des Pensionsausschusses Einspruch erheben. Der Einspruch muß schriftlich begründet bei der Pen-

▼ Bei der Berechnung der neuen Renten gab es viel Arbeit. Gerhard Albers von der Westfalenhütte entnimmt dem Karteischränk die nötigen Unterlagen



▼ Nach den Angaben von Günter Vogt schreibt Gislinde Atrott die neuen Rentenberechnungsbogen aus



sionsschlichtungsstelle der Hoesch Werke AG eingereicht werden.

Die Pensionsschlichtungsstelle, die bei der Hoesch Werke AG besteht, setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen. Je ein Mitglied bestellen der Vorstand und der Betriebsrat der Hoesch-Westfalenhütte AG, je ein weiteres Mitglied die Vorstände (Geschäftsführungen) und die Betriebsräte der übrigen Gesellschaften mit Ausnahme des Bergbaues. Das fünfte Mitglied, das gleichzeitig Vorsitzender ist, bestellt der Vorstand der Hoesch Werke AG.

Auch gegen die Entscheidung der Pensionsschlichtungsstelle ist ein Einspruch möglich. Der Einspruch muß vom Werk oder vom Anspruchsberechtigten innerhalb von vier Wochen nach Zustellung der Entscheidung schriftlich beim Schlichtungsausschuß der Pensionsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie eingelegt werden. Die Entscheidung des Schlichtungsausschusses ist sowohl für das Unternehmen als auch für den Anspruchsberechtigten verbindlich, es sei denn, daß das Werk oder der Anspruchsberechtigte den ordentlichen Rechtsweg beschreitet.

Rechtsanspruch auf alle Werksrenten

Daß nunmehr alle Belegschaftsmitglieder aller Hoesch-Gesellschaften auf die nach den Bestimmungen der neuen Pensionsordnung errechneten Renten einen Rechtsanspruch haben, verdient besonders hervorgehoben zu werden. Bisher besaßen nur die Belegschaftsmitglieder der Hoesch Werke AG, der Hoesch-Westfalenhütte AG und der Hoesch Walzwerke AG diesen Rechtsanspruch.

Die Werksrenten können nur gekürzt werden, wenn die öffentlichen Renten stärker erhöht werden als die Lebenshaltungskosten gestiegen sind. Daher wird auch die Erhöhung der öffentlichen Renten um 6,1 v. H. vom Januar 1959 an die Werksrenten nicht vermindern. Sollten jedoch die Löhne und Gehälter im Werk allgemein um mehr als 10 v. H. verringert werden, dann können auch die Werksrenten im gleichen Verhältnis gekürzt werden. Ebenso dann, wenn sich die wirtschaftliche Lage des Werkes so verschlechtert, daß es recht und billig erscheint, auch die Werksrenten zu verringern. Über Rentenkürzungen entscheidet auf Vorschlag des Vorstandes nach Anhören der Pensionsschlichtungsstelle der Aufsichtsrat der Hoesch Werke AG.

Da die neue Pensionsordnung auch die öffentlichen Renten berücksichtigt, ist es zu verstehen, daß jeder Werksrentner so schnell es geht der Gesellschaft, die die Werksrente zahlt, mitteilen muß, wenn seine Sozialrente oder seine Unfallrente festgesetzt oder geändert wird. Es muß auch gemeldet werden, wenn aus einem Arbeitsverhältnis oder aus sonstiger regelmäßiger Tätigkeit Einkommen bezogen werden. Werksrentner, die eine Werksrente wegen Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit beziehen, müssen es sogleich anzeigen, wenn sie wieder arbeitsfähig geworden sind.



ALFRED WIMMELMANN †

Am 15. Januar 1959 starb Alfred Wimmelmann, der seit 1955 als Aufsichtsratsmitglied der Hoesch Werke AG sein Können und seine Erfahrungen auch in den Dienst unserer Gesellschaften gestellt hatte. Mit seinem Tod hat der Ruhrbergbau einen Menschen verloren, der sich mit Leib und Seele der Kohle verschrieben hatte. Das große Vertrauen, das Dr.-Ing. E. h. Wimmelmann von allen Seiten entgegengebracht wurde, bewies sich vor allem darin, daß die Leitung der beiden großen Verbände des Steinkohlenbergbaus in seine Hand gelegt worden war. Er war Vorsitzender des Steinkohlenbergbauvereins und bis vor kurzem auch des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau.

Dr. Wimmelmann wurde am 15. Mai 1893 am Schalker Markt in Gelsenkirchen geboren. Frühzeitig wurde er mit allen Fragen des Reviers bekannt. Nach dem Studium des Bergfachs an der Universität Freiburg und der alten Bergakademie Berlin bestand er im Oktober 1931 das Bergassessor-Examen. Nach kurzer Tätigkeit beim Oberbergamt Dortmund half er entscheidend mit, eine Reihe von Ruhrzechen zu modernen Großbetrieben weiterzuentwickeln.

Am 1. August 1942 trat Dr. Wimmelmann in den Vorstand der Harpener Bergbau AG ein. 1945 wurde er Vorstandvorsitzer, konnte sich der Harpener Bergbau

AG aber nur kurze Zeit widmen, da er bald darauf zum Vorsitzenden des Steinkohlenbergbauvereins und des Unternehmensverbandes Ruhrbergbau berufen wurde.

Seine Aufgeschlossenheit für die Wissenschaft und die neuesten technischen Erfindungen verband ihn eng mit der Universität Münster und dem Haus der Technik in Essen. Dem Max-Planck-Institut für Kohlenforschung in Mülheim-Ruhr gehörte er zuletzt als Vorsitzender des Verwaltungsrates an. Außerdem war er Verwaltungsratsmitglied des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft, Mitglied des Vorstandsrates des Deutschen Museums in München und des Vorstands der Arbeitsgemeinschaft für Kerntechnik des Deutschen Verbandes technisch-wissenschaftlicher Vereine.

Dr. Wimmelmann waren auch in der Wasserwirtschaft des Ruhrgebiets führende Aufgaben übertragen worden. Er war seit 1946 Vorsitzender des Lippeverbandes und stellvertretender Vorsitzender des Ruhrverbandes. Mit der Elektrizitätswirtschaft verbanden ihn seine Mitarbeit im Aufsichtsrat der Steinkohlen Elektrizität AG, im Beirat der Bergbau - Elektrizitäts - Verbundgemeinschaft und im Vorstand der Vereinigung Industrielle Kraftwirtschaft.

Eines seiner bedeutendsten Verdienste liegt in seinem unermüdlichen und schließlich auch erfolgreichen Bemühen, dem Steinkohlenbergbau eine Forschungsanstalt zu schaffen. Sie wurde am 27. September 1958 in Essen feierlich eröffnet (siehe WERK UND WIR, Heft 11/12 1958).

Am 7. Juni 1957 würdigte die Technische Universität Berlin die Verdienste Alfred Wimmelmanns um die technische Entwicklung des Steinkohlenbergbaus, indem sie ihn mit dem Titel eines Dr.-Ing. ehrenhalber auszeichnete.

Dr. Wimmelmann verdankt seine Erfolge seinem diplomatischen Geschick, seinem großen Taktgefühl, seinem ausgeglichenen, stets hilfsbereiten Wesen und dem umfassenden Weitblick auf technischem und auf sozialpolitischem Gebiet. Mit seinem Tod hat der Ruhrbergbau eine seiner klarsten und eigenwilligsten Persönlichkeiten verloren – einen Menschen, dessen auch wir von den Hoesch Werken stets in aufrichtiger Dankbarkeit gedenken werden, zumal wir froh und stolz darüber sind, daß er auch zu uns gehört hat.

Hoesch lädt Harzburg zu Gast

**Ein Mitarbeitergespräch
über die Akademie
für Führungskräfte der Wirtschaft**

Harzburg ist ein bekannter, von Ärzten und Kranken gleich geschätzter Bade- und Kurort, in dem sich die Heilkräfte der Natur mit der herben Landschaft eines der schönsten deutschen Waldgebirge auf eine sehr anziehende Weise vereinen. Deswegen verbringen auch ganz gesunde Leute hier ihren Urlaub oder halten sich in Harzburg aus Anlaß von Tagungen und Kongressen für einige Zeit auf. Man kann daher wohl sagen, daß Bad Harzburg zu allen anderen Vorzügen noch diesen rechnen kann: ein Zentrum geistiger Auseinandersetzungen zu sein; und in dieser Beziehung haben in den zurückliegenden Jahren fast vierhundert Mitarbeiter der Hoesch Werke diese Stadt kennen- und schätzengelernet.

In Bad Harzburg ist nämlich die Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft zu Hause. Sie wird von der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft getragen und sieht ihre Aufgabe darin, industrielle Führungskräfte, losgelöst von den Tagesaufgaben und der alltäglichen Umgebung, durch Vortrag und Aussprache zur schöpferischen Auseinandersetzung mit den vielfältigen Fragen der modernen Arbeitswelt zu bringen. Gewiß wollen die Lehrgänge in Harzburg auch Wissen und Kenntnisse vermitteln; Harzburg will aber in erster Linie dazu beitragen, daß sich der einzelne als Mensch und Persönlichkeit voll entfalten kann. Alles

Wissen und alle Kenntnisse führen nur zu wirklichem Erfolg, wenn sie von urteilsfähigen Menschen in der täglichen Praxis angewandt werden. So dient Harzburg zunächst dem einzelnen, und dann erst in der Auswirkung der Aufgabe, die dem einzelnen an seinem Arbeitsplatz in seinem Betrieb gestellt ist.

Menschenführung im Betrieb und einiges mehr

Einsichten in die Zusammenhänge der Volkswirtschaftslehre und der Betriebswirtschaftslehre, Erfahrungen mit dem Arbeits- und Sozialrecht und vor allem Beschäftigung mit den modernen Problemen der Menschenführung – das sind die großen Themen, denen sich die Akademie widmet, wobei sie sich bemüht, zugleich und vor allem das Bewußtsein ihrer Hörer für den Zusammenhang der Gesellschaftsordnung zu wecken, in der wir leben und die wir gemeinsam entwickeln. Diesem Zweck dienen Lehrgänge, die Führungskräfte aus der Produktion und aus der Verwaltung zu mehrstufigen Kursen zusammenfassen. Fast zweihundert Mitarbeiter der Hoesch Werke haben an ihnen bereits teilgenommen. Weitere zweihundert haben kürzere Sonderkurse besucht. Eine recht beträchtliche Zahl von Hoesch-Mitarbeitern ist also schon in Harzburg gewesen.

Die Akademie unter dem »Röntgenschirm«

Um der Akademie eine Gelegenheit zu geben, sich einer offenen und allgemeinen Kritik zu

stellen, führte der Vorstand der Hoesch Werke ihre verschiedenen Partner zusammen: das Präsidium der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, die Leitung und die Dozenten der Harzburger Einrichtung und die Hoesch-Mitarbeiter, die an den Lehrgängen der Akademie teilgenommen hatten.

Die Zusammenkunft wurde am 20. November mit einer umfassenden Aussprache eingeleitet. An diesem Gespräch beteiligten sich neben den Dozenten der Akademie vom Präsidium der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft: Präsident Dr. Curt Köhler, der Leiter der Harzburger Akademie, Professor Dr. Reinhard Höhn, als geschäftsführendes Präsidialmitglied, Heinrich von Katzler als Schatzmeister und die Präsidialmitglieder Dr. Brüning, Dr. Brüske – der Herr Schlicht vertrat – und Theo Hieronimi. Vom Vorstand der Hoesch Werke AG nahmen Gerhard Elkmann, Dr. Harald Koch – dieser auch als Mitglied des Präsidiums der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft –, Dr. Willy Ochel und Dr. Erich-Wilhelm Schulte und vom Vorstand der Hoesch-Westfalenhütte Dr. Albrecht Harr und Dr. Manfred Wohlgemuth teil.

Diesem Kreis wurden die ersten Ergebnisse einer umfassenden Untersuchung darüber vorgelegt, wie die Teilnehmer der Lehrgänge die Akademie beurteilen, welche Wünsche sie möglichenfalls für Änderungen des Lehrstoffes und der Lehrmethode haben und wie sich die gewonnenen Einsichten und Erfahrungen in der Praxis des Betriebes anwenden lassen. In dieser genauen Durchleuchtung der Harzburger Einrichtung kam das Urteil derjenigen zum Ausdruck, die sie bisher durchlaufen hatten, und das war zugleich ein sehr offenes und anerkennendes Urteil. WERK UND WIR wird zu einem späteren Zeitpunkt darüber berichten, wenn die Untersuchung mit ihrem abschließenden Ergebnis vorliegen wird. Hier, in der Zusammenkunft, von der wir berichten, bot diese „Röntgenaufnahme“ den Stoff für eine sehr lebhafte und ergiebige Diskussion.

Die Lernenden im Urteil der Lehrer

Im zweiten Teil des Abends berichteten die Dozenten der Akademie über ihre Erfahrungen mit den Teilnehmern an den Lehrgängen, und da wurden nun diese „durchleuchtet“. Die Be-

◀ Im Festsaal der Hoesch-Westfalenhütte kam es zwischen mehr als 250 ehemaligen Lehrgangsteilnehmern der Harzburger Akademie zu einer lebhaften Aussprache mit den Mitgliedern des Präsidiums der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, den Dozenten der Harzburger Akademie und Vorstandsmitgliedern der Hoesch Werke



richter stellten übereinstimmend fest, daß ihre Zuhörer in Harzburg sehr viel aufmerksamere, zumindest aber nicht weniger und sicher anders interessierte Studierende sind als diejenigen, mit denen sie es auf den Hochschulen und Universitäten zu tun haben. Denn die Dozenten an der Akademie sind in ihrem Hauptberuf fast ausnahmslos Lehrer an akademischen Hochschulen. „Wir entdecken immer wieder“, so sagte Professor Reinhard Höhn, „mit welcher Aufgeschlossenheit und mit welcher Teilnahme unsere Zuhörer sich mit einem Stoff beschäftigen, mit dem sie zum Teil das erste Mal in Berührung kommen, der für sie schwierig ist und beträchtliche Forderungen an ihre geistige Beweglichkeit stellt. Noch mehr aber überrascht uns immer wieder, wie bald unsere Hörer in Harzburg den Zusammenhang zwischen der Theorie und ihrer beruflichen Wirklichkeit herstellen und mit welcher Sicherheit sie dann Fragen stellen, die genau an den Kern der Dinge führen.“

Dr. Heinz Kluth und Dr. Martin Bolte, die an den Universitäten in Hamburg und Kiel lehren, berichteten von ähnlichen Erfahrungen. „Der Unterschied zwischen den Studenten meiner Hochschule und den Männern aus der Praxis“, so sagte etwa Dr. Martin Bolte, „ist verblüffend groß. Meinen Studenten muß ich immer wieder erst klarmachen, daß es überhaupt Probleme gibt, während die Hörer der Harzburger Akademie die Probleme längst erkannt haben und dabei sind, Wege zu suchen, um sie für ihre Welt und ihre Wirklichkeit zu bewältigen.“ Er meinte, daß für ihn, einen Hochschullehrer, die Akademie in Harzburg eine Quelle sei, aus der er für sein Lehramt immer wieder neue Erfahrungen und Einsichten durch den Kontakt mit den Männern aus der Praxis gewänne. Dr. Heinz Kluth, der wie sein Kollege Dr. Martin Bolte Fragen der Soziologie in Harzburg behandelt, äußerte, daß für ihn als Soziologen die ständige Berührung mit der industriellen Wirklichkeit, wie sie Harzburg ermögliche, ein ganz besonders wichtiges Element für seine wissenschaftliche Arbeit sei.

Andere Dozenten setzten sich mit den Schwierigkeiten auseinander, vor denen sie stehen, wenn sie in Harzburg während eines sehr kurzen Zeitraumes ihren Hörern verwickelte Sachzusammenhänge und Tatbestände deutlich zu machen haben. Rechtsanwalt Martin-Ulrich Foerster – er ist Dozent für Arbeits- und Sozialrecht – geht dabei von solchen wichtigen Rechtsfragen aus, mit denen sich seine Zuhörer jeden Tag im Betrieb beschäftigt sehen, wobei er sie so gliedert und zusammenordnet, daß während des Lehrgangs wenigstens ein gewisser erster Überblick entsteht und die Hauptfragen geklärt werden. Dr. Karl-Heinz Gericke, der sich mit demselben Lehrgebiet beschäftigt, hat eine ähnliche Methode entwickelt und macht wie sein Kollege Foerster damit ausgezeichnete Erfahrungen. „Wir können auf diese Weise während der knappen Zeit, die verfügbar ist, die allerwichtigsten Grundtatsachen ausbreiten, wobei uns zu Hilfe kommt, daß die Lehrgangsteilneh-



mer den Fragen des Arbeits- und Sozialrechtes das denkbar größte Interesse entgegenbringen.“

Von ganz anderen Schwierigkeiten mit seinem Lehrgebiet berichtete Dr. Eberhard Witte. Er lehrt Betriebswirtschaft, ein Gebiet, für das er das Interesse jedesmal erst wecken muß. Seine Methode bestünde darin, so sagte er, daß er mit seinen Hörern den Aufbau eines Werkes bespräche, um dann mit ihnen gleichsam am Sandkasten ein Unternehmen zu gründen. „Habe ich das Interesse erst einmal angeregt, so stelle ich immer wieder fest, daß die meisten Hörer selbst schwierige Vorgänge schnell erfassen und daß die anschließende Aussprache hohes Niveau besitzt.“

Wechsel des Blickpunktes - die Praxis wird besichtigt

Wenn die Dozenten an diesem Abend immer wieder davon sprachen, von welcher Bedeutung für sie, die mehr wissenschaftlichen Theoretiker, die Begegnung mit den Männern aus der Praxis der industriellen Arbeits- und Lebenswelt sei, so fanden sie am nächsten Morgen eine Gelegenheit, diese Praxis aus unmittelbarer Nähe anzuschauen. Hier wurden sie, die Lehrenden in Harzburg, zu Zuhörern und Lernenden, und dort, wo sie während der Werksbesichtigung auf die „Harzburger“ stießen, wurde ihnen nun die harte Wirklichkeit vorgeführt, in der die Probleme spielen, die zu lösen sind und die man in der ruhigen Atmosphäre in Bad Harzburg gemeinsam erörtert, klärt und bespricht.

Es war ein vielfaches Wiedersehen, und der Stolz der „Harzburger“, den Dozenten der Akademie das Feld ihrer Tätigkeit zu zeigen und zu erklären, war nicht zu übersehen. Es war aber ebensowenig zu übersehen, daß die Dozenten sehr aufmerksame Beobachter und Zuhörer waren. Sie gaben sich alle Mühe, in dieser Beziehung das gleiche Zeugnis zu erwerben, das sie tags zuvor ihren Hörern in Harzburg ausge-

▲ Dr. Harald Koch (im Hintergrund) erklärte, daß das wichtigste Ziel der Harzburger Akademie erreicht sei, wenn die Zurückkehrenden in ihrer menschlichen Substanz gewachsen seien. Auf unserem Bild sitzen an der langen Tafel von links nach rechts: Dr. Bolte, Frau Böhm, Dr. Schulte, Dr. Köhler, Professor Dr. Höhn, Helmut Turck und Karl Boetticher, der die Befragung der „Harzburger“ durchgeführt hat

stellt hatten: sie waren aufmerksam, interessiert und sehr bereit, mitzuarbeiten und mitzudenken. Beim Mittagstisch kam das zum Vorschein. Es erwies sich, daß die Dozenten tiefe Eindrücke aus – wie einer von ihnen sagte – „dieser wirklichen Welt von Männern“ empfangen hatten, Eindrücke, die ihren beweglichen Geist sofort veranlaßten, sich mit Gesprächen, Bildern und Tatsachen auseinanderzusetzen, die ihnen gerade begegnet waren.

Die Akademie im Urteil ihrer Hörer

Die Besichtigung der Westfalenhütte war eine gute Vorbereitung für die Zusammenkunft am Abend des 21. November. Hier trafen nun Vorstandsmitglieder der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, die Lehrkräfte der Akademie und die bisherigen Teilnehmer an den Harzburger Lehrgängen zusammen. Dr. Harald Koch und Dr. Erich Wilhelm Schulte nahmen als Mitglieder des Vorstandes der Hoesch Werke AG die Rolle des Gastgebers wahr. Dr. Albrecht Harr vom Vorstand der Westfalenhütte und Gustav Schneider vom Vorstand der Maschinenfabrik Deutschland waren anwesend.

Dr. Harald Koch begrüßte die mehr als zweihundertfünfzig Teilnehmer der Tagung im Festsaal der Hoesch-Westfalenhütte, indem er wiederholt auf seine Ausführungen von der Eröffnungsfeier der Akademie im Jahre 1955 zurückgriff. Er nannte die Einrichtung von Ausbildungsstätten wie die der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft eine der dring-

lichsten Aufgaben der Zeit. Es dürfe jetzt keine Gelegenheit versäumt werden, schlummernde Kräfte zu wecken und weiterzubilden, fachliches Wissen und Können ständig zu vertiefen. Vor allem aber gelte es, menschlicher zu werden und menschlicher miteinander umzugehen. „Denn schließlich ist es der Sinn der Kultur, nicht nur den Fortschritt der Naturwissenschaften und Maschinen zu fördern, sondern in allererster Linie den Fortschritt des Menschen!“ Die Aufgabe der Technik bestünde einzig und allein darin, den Wohlstand der Menschen zu erhöhen, den Kampf ums Dasein zu erleichtern und dem Menschen ein würdiges Leben zu sichern.

Anschließend nahm Dr. Curt Köhler das Wort. Mit Genugtuung stellte er fest, daß die Ziele, die er bei der Gründung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft und später der Akademie für Führungskräfte der Wirtschaft im Auge gehabt habe, jetzt auf breiter Grundlage verwirklicht seien. Es ginge ja vor allem darum, diese schöpferischen Kräfte in der Wirtschaft anzusprechen und die Wirtschaft selbst auf die Verpflichtung aufmerksam zu machen, die sie in den großen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen unserer Zeit übernommen habe. Seiner Ansicht nach sei es entscheidend, daß der alte Gegensatz zwischen Unternehmer und Arbeiter überwunden wird. Diesen Aufgaben gelte die Arbeit der Akademie. Dabei betonte Dr. Curt Köhler, daß die Hoesch Werke als eine der ersten Gesellschaften die Arbeit der Akademie getragen und sich nutzbar gemacht hätten und daß auf diese Weise ein Beispiel gegeben worden sei, das schon jetzt als Vorbild wirke.

Nachdem Professor Reinhard Höhn die Ergeb-

▼ Dr. Curt Köhler, der Präsident der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, sprach seine Genugtuung darüber aus, daß die mit der Harzburger Akademie verknüpften Ziele schon so weitgehend erfüllt seien. Rechts: Dr. Hanke von den Hoesch Walzwerken in Hohenlimburg



nisse der Arbeit der Akademie dargestellt hatte, wie sie sich von innen her und durch Außenstehende erkennen lassen, eröffnete er „das Mitarbeitergespräch so, wie wir es von Harzburg her gewöhnt sind“.

Man hätte vermuten können, daß in einem so weiten Kreise keine große Neigung aufkommen würde, sich zu äußern. Die Dozenten waren daher gespannt, ob sich eine Wirkung dessen zeigen würde, was sich „Harzburger Methode“ nennen läßt. Sie wurden nicht enttäuscht. Vom Start weg war die Aussprache ungewöhnlich lebendig, offen und frei von aller Scheu. Die Ziele der Akademie, ihr Lehrplan und ihre Lehrmethode wurden von den ehemaligen Hörern kritisch behandelt. Die Einrichtung als solche, das war eine einhellige Meinung, sei ungemein wichtig, so wichtig und so bedeutsam, daß alle Führungskräfte von unten bis ganz oben sie durchlaufen müßten.

Seit langem um Weiterbildung bemüht

Dr. Albrecht Harr vom Vorstand der Westfalahütte – zugleich auch Vorsitzender der Gesellschaft für Technik und Wirtschaft zu Dortmund – stellte einleitend fest, daß sich der Vorstand der Hoesch-Westfalahütte seit langem bemüht, die Führungs- und Nachwuchskräfte des Werkes weiterzubilden. Erwähnenswert seien neben der Harzburger Akademie beispielsweise die Grundkurse für Meisternachwuchs und die Industriemeisterkurse für hüttenmännische Berufe, die von eigenen Kräften des Werkes gestaltet werden. Hinzu kommen die von der Wirtschaftsvereinigung Eisen- und Stahlindustrie durchgeführten Fortbildungskurse für Meister und Meisteranwärter an der Hüttenschule in Duisburg, soweit es die Platzverhältnisse dort zulassen. Auch an den Seminaren für Betriebsleitung und Arbeitskunde des Verbandes für Arbeitsstudien Refa e. V. haben Belegschaftsmitglieder teilgenommen. Geeigneten Mitarbeitern wird der Besuch der Sozialakademie in Dortmund ermöglicht. Einige leitende Angestellte nahmen an einem Sonderkursus der C.-Rudolf-Poensgen-Stiftung e. V. in Düsseldorf teil. Gern werden die Plätze im deutsch-englischen und deutsch-französischen Ingenieuraustausch wahrgenommen. Außerdem werden die Absolventen der Tages- und Abendkurse an der Staatlichen Ingenieurschule in Dortmund – soweit es die betrieblichen Verhältnisse zulassen – unterstützt. Und immer wieder werden die Belegschaftsmitglieder angeregt, die Vorträge und Kurse des Hauses der Technik in Essen, der Technischen Akademie Bergisch-Land in Wuppertal und der Gesellschaft für Technik und Wirtschaft in Dortmund zu besuchen.

Dr. Harr sagte wörtlich: „In der Diskussion des Vortrages und des heutigen Abends beglückt die Feststellung, daß in Harzburg nicht nur Wissen vermittelt, sondern darüber hinaus die Persönlichkeit gebildet wird, und mich beeindruckt stark der große Eifer der Dozenten, den sie den ihnen gestellten Aufgaben entgegenbringen. Besonders wichtig erscheint mir die

Tatsache, daß in Harzburg die Frage der Menschenführung so tatkräftig angefaßt wird, da unseren Führungskräften bisher weder in der Praxis noch an den Hochschulen systematisch Kenntnisse hierüber vermittelt werden.“

Freie, lebendige Aussprache

Paul Huf, Betriebsratsvorsitzender der Hoesch Walzwerke, sprach von den Vorbehalten, mit denen er als Mitglied der Betriebsvertretung nach Harzburg gefahren sei. Die Akademie aber habe ihn sehr bald überzeugt, daß sie sich in voller Objektivität und ohne alle Vorurteile um eine Sache bemühe, die für jeden einzelnen und für das Ganze von allergrößter Bedeutung sei. Die Auseinandersetzungen über die wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen unserer Zeit auf dem neutralen Boden der Akademie halte er für ebenso nützlich wie notwendig, da sie den Teilnehmern die Fähigkeit vermittele, klarer und besser zu sehen und zu urteilen als zuvor. Das aber mache es nötig, daß alle Führungskräfte der Hoesch Werke, die Mitglieder der Vorstände eingeschlossen, die Harzburger Akademie besuchen sollten. Diese Meinung wurde vielfach wiederholt, und der Beifall, den jede dieser Äußerungen fand, zeigte nur zu deutlich, daß hier ein kritischer Punkt berührt wurde: daß nämlich die Wirksamkeit von Harzburg davon abhängt, wie weit der Kreis derjenigen gezogen wird, der sie besuchen soll.

Heinz Hölscher, Betriebsratsmitglied auf Kaiserstuhl Ost der Hoesch Bergwerks-AG sprach davon, daß die Zeit in Bad Harzburg allen Teilnehmern viel gegeben habe; aber auch er betonte, daß bei Hoesch die mittleren Führungskräfte oft nachhinken: sie müsse man nach Harzburg schicken, dann könnte man viel Geld und viel Energie sparen.

Auch Alfred Nebel, Betriebsratsmitglied auf Kaiserstuhl West, gab offen zu, daß er zunächst ein Vorurteil gegen die „Harzburger“ gehabt hätte, daß er aber, nachdem er Harzburg kennengelernt habe, seine Ansichten geändert hätte. Allerdings könnte man nicht zu allem ja und amen sagen, zum Beispiel nicht zu dem, was in der Volkswirtschaftslehre behandelt werde. Dies sage er als Arbeitnehmer, Gewerkschafter und Sozialist. Wörtlich fuhr er fort: „Wir haben an den Technischen Hochschulen und ähnlichen Instituten eine einseitige Fachausbildung. Dann werden die Ingenieure und Techniker auf die Betriebe losgelassen, ohne daß sie das geringste von Menschenführung verstehen. Sie kommen etwa zu uns in den Bergbau und arbeiten dort nach der Holzhammer-Methode.“ Auch er schlug vor, daß diese Führungskräfte auf die Akademie geschickt werden sollten. Außerdem empfahl er, daß in der Werkszeitung über den in Bad Harzburg behandelten Stoff geschrieben werden sollte, und zwar insbesondere, soweit es die Menschenführung im Betriebe angehe.

Andere kritische Stimmen setzten sich mit dem Lehrplan, der Lehrmethode und der Dauer der Lehrgänge auseinander. So forderten mehrere Sprecher, man müsse mehr Zeit schaffen, um die so wichtigen Fragen des Arbeits- und Sozial-



▲ Während der Aussprache hören (v. l. n. r.) Dr. Harr, Gustav Schneider und Dr. Bolte auf die Ausführungen der Sprecher

rechtes zu behandeln. Es wurde daher angeregt, die Kurse zu verlängern.

Verbesserungsvorschläge für die Akademiearbeit

Josef Storcks von der Westfalenhütte erörterte das Problem der Auswahl der Teilnehmer. Er meinte, es sei vielleicht zweckmäßig, sie aus jeweils gleichen Wirtschaftszweigen und mit einigermaßen gleicher Vorbildung auszuwählen, da man dann mit größerer Eindringlichkeit die gleichen Probleme behandeln könnte. Diese Meinung rief Widerspruch hervor, weil gerade die verschiedenartige Zusammensetzung der Kurse den Austausch von Erfahrungen und Einsichten erleichtere und den Blick erweitere. Vorarbeiter Friedrich Kruse von der Westfalenhütte gab zu bedenken, daß man doch eine gemeinsame Sprache spreche und ein gemeinsames Bildungsgut besäße, und daß eine Zersplitterung der Bildung sich höchst nachteilig auswirken müßte. Diplom-Ingenieur Willi Brenner von der Westfalenhütte sagte, daß Stoff und Zusammensetzung der Teilnehmer wie auf ihn zugeschnitten gewesen wäre; als Techniker habe er viel auf dem kaufmännischen Gebiet gelernt. Im übrigen sei er der Meinung, daß der Wirkungsgrad der Kurse am höchsten bei einwöchiger Dauer sei, bei zwei Wochen bliebe auch nicht viel mehr hängen. Breit angelegte Grundkurse mit Volkswirtschaft, Betriebswirtschaft, Arbeits- und Sozialrecht und dem wichtigen Thema Menschenführung im Betrieb hielten Diplom-Ingenieur Heinrich Ottmar und Meister Günter Schwarz, beide von der Westfalenhütte, für so wichtig, daß sie für eine Verlängerung der Einführungskurse eintraten.

Ernst Wiegand, Leiter des Stahlwerks III, äußerte die Meinung, daß sich die Behandlung des Themas „Der Mensch im Betrieb“ nicht in allgemeinen Ausführungen über Menschenführung und Arbeitsrecht erschöpfen dürfe,

► Heinrich von Katzler (Mitte) vom Präsidium der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in angeregtem Gespräch mit Dr. Harr (links) und Dr. Ochel

vielmehr sollten auch betriebs- und arbeitspsychologische Probleme behandelt werden. So müsse vor allem auch die Beurteilung der Menschen, ihre Auswahl und Ausbildung für verschiedene führende Stellungen gelehrt werden (arbeitspädagogische Fragen) und weiter, wie man die verschiedenen Menschentypen erkennt, und welche Eigenschaften sie haben, also ein Kapitel aus der Typenlehre. Auch das Entwerfen und Ausfüllen von Beurteilungsbogen für Mitarbeiter sollte man durchsprechen. Ein besonderer Mangel wäre, daß sich nur wenige Führungskräfte auf dem Gebiet der Arbeitsplatzbewertung auskennen, also müsse man auch das Problem Leistung – Lohn behandeln. Schließlich vermisse man Unterricht und Aussprachen über Arbeits- und Gesundheitsschutz und über den Schutz und die Pflege der menschlichen Arbeitskraft schlechthin.

Helmut Turck, Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses aller Hoesch-Betriebsräte, regte an, die Betriebsräte zur Weiterbildungsarbeit hinzuzuziehen. Zusammen mit den Betriebsräten sollte man sich bemühen – mit Hilfe der in Harzburg vorgeschlagenen und gelehrtens Diskussionsmethoden –, Theorie in Praxis umzusetzen.

Als Dr. Harald Koch am späten Abend die Versammlung schloß, trennten sich die meisten Teilnehmer mit einem Gefühl der Befriedigung voneinander: die ehemaligen Hörer der Akademie Kurse mit dem Empfinden, daß Harzburg in erster Linie für den Menschen da sei; die Vorstände unserer Gesellschaften mit dem Gefühl, daß ein Aufenthalt in Harzburg für den einzelnen wie für die große Gemeinschaft wertvoll und erstrebenswert sei; die Dozenten um manche Erfahrung reicher, wie sie ihre Lehr-tätigkeit verbessern könnten; die Mitglieder des Präsidiums der Deutschen Volkswirtschaftlichen Gesellschaft in den Zielen bestärkt, die sie mit Gründung der Akademie ins Auge gefaßt hatten.

Professor Reinhard Höhn faßte seine Meinung über die Zusammenkunft und Aussprache in

Dortmund in folgenden Worten zusammen: „Wir waren natürlich sehr glücklich darüber, daß wir unsere Überlegungen bestätigt sahen, die zur Gründung der Akademie geführt hatten, und daß unsere Anstrengungen und Bemühungen, einer doch nun schon beträchtlichen Zahl von Mitarbeitern der Hoesch Werke für die Bewältigung ihrer Probleme das nötige Rüstzeug zu geben, nicht erfolglos geblieben sind. Wir haben feststellen können, daß wir auf dem rechten Wege sind. Ebenso wichtig aber war für uns, daß wir Gelegenheit hatten, uns mit Forderungen, Wünschen und Einwänden auseinanderzusetzen, die wir in der nächsten Zeit für die Akademie für Führungskräfte in Bad Harzburg fruchtbar machen werden.“

Dr. Harald Koch faßte die wichtigsten Anregungen zusammen, die während dieses „Mitarbeitergesprächs“ geäußert worden waren. Er sagte zu, daß diese Anregungen als Grundlage für Überlegungen teils in der Akademie, teils im Vorstand der Hoesch Werke benutzt werden würden, um das Erfahrungs- und Gedankengut von Harzburg im Unternehmen in möglichst großer Breite wirksam zu machen. Vier Anregungen sollten schon in nächster Zeit erfüllt werden:

daß in jedem Werk bekannt wird, welche Mitglieder der Belegschaft die Akademie besucht haben, damit sie auf diese Weise Gelegenheit haben, miteinander Verbindung aufzunehmen;

daß die ehemaligen Hörer der Akademie von Zeit zu Zeit über Veröffentlichungen, Informationen und Berichte orientiert werden, die ihnen helfen, das in Harzburg vermittelte Wissen zu ergänzen und zu erweitern;

daß WERK UND WIR in seiner Weise die Themen aufgreift, die auf der Akademie behandelt werden, und dazu noch über die Akademie im ganzen berichtet,

und daß schließlich ähnliche Zusammenkünfte um des inneren Zusammenhalts und der Aussprachemöglichkeiten wiederholt werden sollen.



Staub

unter

der

Lupe

Noch ist Nacht. Nur die grellen Werkslampen schneiden aus der Dunkelheit scharf begrenzte helle Flecken. Unter ihnen ziehen in langer Reihe die warmen Lichter der Bergmannslampen zum Schacht. Es ist sechs Uhr. Die Morgenschicht fährt ein.

Zu den Bergleuten, die in einem der letzten Körbe einfahren, treten zwei Männer in Grubenkleidung, die beide zwei eigenartige Instrumente tragen. Das eine ist zigarrenschachtelgroß und hat ein Objektiv am Ende, das andere ist ein etwa ebenso langer blanker Metallzylinder.

Unter Tage trennen sich die beiden. Jeder sucht einen anderen Streb auf. Die Bergleute vor Ort drehen sich einen Augenblick nach ihnen um und begrüßen sie mit ein paar treffenden Witzworten. Dann beginnen die Staubmesser ihre Arbeit.

Auf Staubjagd unter Tage

Sie halten das eine Gerät – ein Tyndalloskop, das wir später beschreiben – in den Wetterstrom und lesen mit dem Auge am Objektiv

einen Wert ab. Dreißigmal wiederholen sie an derselben Stelle die Messung. Dann greifen sie zu dem Zylinder – einem Konimeter, dessen Arbeitsweise ebenfalls später erklärt wird – und „schießen“ Staubproben auf das eingelegte Glasplättchen. Haben sie fünf „Schüsse“, gehen sie ein paar Schritte weiter zum nächsten vorgeschriebenen Meßpunkt und beginnen mit dem Tyndalloskop von vorn. Vier- bis fünfmal müssen sie ihre Messungen in einem einzigen Streb wiederholen. Sind sie endlich fertig, bleibt gerade noch Zeit für ein paar zusätzliche Staubmessungen in der Umgebung, und dann heißt es: Ausfahren.

Über Tage bringen die Staubmesser ihre Geräte zur Staubmeßstelle. Sie tragen in sorgfältig geführte Listen die Meßwerte des Tyndalloskops ein und verschließen das Glasplättchen mit den Staubproben in einer Dose. Außerdem notieren sie genau, wo sie gemessen haben, ob es eine Gewinn-, Versatz- oder Umlegeschicht war und welche Arbeiten im Streb während der Messung ausgeführt wurden.

Mühsame und gewissenhafte Arbeit

Haben sie endlich ihre Geräte gesäubert, ist ihre Arbeit zu Ende, während die im Staubmeßlabor beginnt. Dorthin wird nämlich die Glasplatte geschickt, und dort werden die dreißig, nicht einmal stecknadelkopfgroßen Staubproben ausgewertet.

Sind die Ergebnisse bekannt, beginnen die Leute des Staubbeauftragten Durchschnittswerte zu ermitteln. Prozentzahlen auszurechnen und miteinander in Beziehung zu setzen, bis sie schließlich wissen, welche der vier „Staubstufen“ an dem betreffenden Meßpunkt geherrscht hat.

Damit erst ist erreicht, was erreicht werden sollte. Eine Menge verantwortungsvoller, mühsamer und vielfältiger Arbeit ist getan. Eine Arbeit, die dem Staubbeauftragten die Voraussetzung zu seinem Kampf gegen die Silikose gibt. Er beobachtet, ob der Staub in den Streben zu- oder abnimmt. Er stellt fest, ob staublungen-erkrankte Bergleute an eine andere staubfreie oder staubarme Arbeitsstelle versetzt werden müssen. Und er leitet den Kampf gegen die Staubeentwicklung mit allen neuzeitlichen Mitteln, deren wichtigstes die Stoßtränkung ist (siehe WERK UND WIR, Heft 1/1958).

In dem folgenden Bericht wollen wir erklären, was Staub eigentlich ist, wie das Tyndalloskop und das Konimeter arbeiten, wie im Labor die Proben ausgewertet werden und welche Folgerungen sich daraus ergeben.

◀ Mit Hilfe des Projektions-Mikroskopes fotografiert Laborant Martin Horn die Staubflecken

▶ Konimeter und Tyndalloskop – die beiden wichtigsten Staubmeßgeräte, deren Arbeitsweise wir in unserem Bericht erklären



Staub ist wohl der bedrohlichste Feind des Bergmanns unter Tage. Denn Staub ist nicht nur lästig, sondern gefährdet auch die Gesundheit des in der Grube arbeitenden Menschen. Staublunge oder Silikose nennt man die Erkrankung, die der Staub hervorruft. Sie entsteht dadurch, daß sich Kieselsäure (auch Quarz genannt) in den Lungen festsetzt und dort verkapselt. Bei größeren Ansammlungen oder Verkapselungen kann die Lunge nicht mehr ausreichend arbeiten.

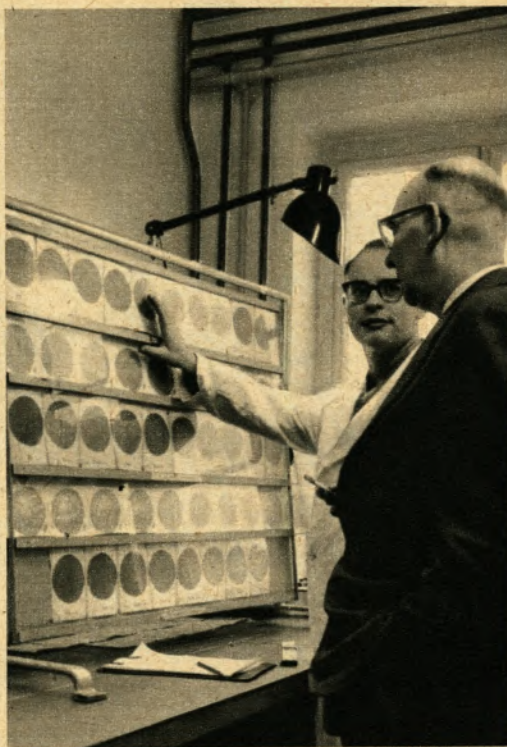
Die Bergwerksgesellschaften, die Bergämter und die Staubbekämpfungsstelle beim Steinkohlenbergbauverein haben sich deshalb zur Aufgabe gestellt, alles zu tun, um den Bergmann an seinem Arbeitsplatz soweit wie möglich vor dem Staub zu schützen.

Was ist Staub?

Beschäftigt man sich mit der Staubbekämpfung, so wird zunächst die Frage auftauchen, wie dieser so überaus bedrohliche Staub eigentlich aussieht. Schaut man ihn genauer an, so muß man zunächst je nach Korngröße Schwebestaub und Grobstaub unterscheiden. Weit aus unangenehmer von diesen beiden ist der Schwebestaub, der so fein ist, daß er über längere Zeit in der Luft oder wie der Bergmann sagt „in den Wintern“ verbleibt und deshalb ständig eingeatmet wird. Nun gibt es unter Tage zweierlei Staubarten: den Kohlenstaub und den Bergestaub. Der Bergestaub mit seinen Anteilen an Quarz und Ton ist der die Gesundheit gefährdende Staub. An Hand von Tierversuchen und langjährigen Erfahrungen hat man festgestellt, daß der bis zu fünftausendstel Millimeter große Staub am gefährlichsten ist. Gerade diese feinsten Staubteilchen werden von der Lunge festgehalten und lassen die Atmungsorgane erkranken. Wie die Maßangabe zeigt, geht es also bei der Staubbekämpfung um Korngrößen, die mit gewöhnlichen Meßmethoden gar nicht zu erfassen sind.

Wie werden Staubproben genommen?

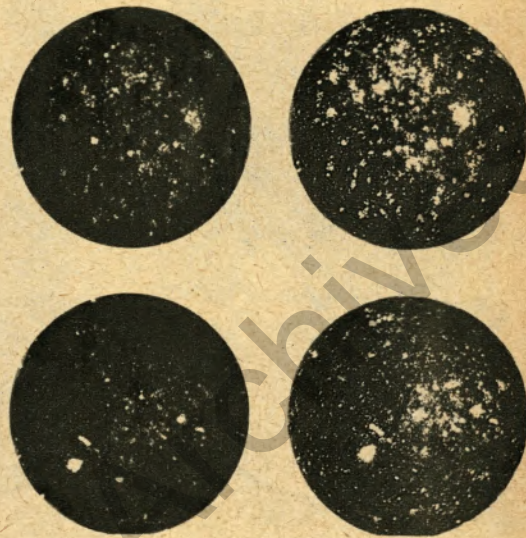
Mit dem betrieblichen Staubmeßverfahren hat sich vor allem die Hauptstelle für Staub- und



▲ Laborant Manfred Fecke im Gespräch mit Laborleiter Helmut Höft vor den fotografierten Vergrößerungen der Staubproben

Silikosebekämpfung beim Steinkohlenbergbauverein beschäftigt. Um den Gehalt an Feinstaub in den Grubenwettern zu erfassen, hat man dort Meßverfahren entwickelt, die in die Tyndalloskopmessung und die Messung mit dem Bergbaukonimeter gegliedert werden.

Für die Arbeit mit diesen Geräten setzt man ausgebildete Staubmesser ein, die bei der Probenahme auch auf die sehr wichtigen, sich ständig verändernden und voneinander abweichenden betrieblichen Verhältnisse achten müssen. Gleichzeitig mit der Probenahme messen sie die Wettergeschwindigkeit, die Temperatur, die relative Feuchtigkeit und die Wettermenge unter Tage. Von den verschiedenen Betriebspunkten werden auf diese Weise an vielen Meßstellen je dreißig Tyndalloskopmessungen und je fünf Feinstaubproben mit dem Konimeter genommen. Ausgewertet wird über Tage.



▲ So sehen die Staubmeßflecken 180fach vergrößert aus! Die rechte Reihe zeigt Staubproben vor der Veraschung, das heißt: hier sind Kohle und Bergeteilchen fotografiert. Die linke Reihe weist nur noch den Bergestaub auf

Mit Tyndalloskop und Konimeter

Mit dem Tyndalloskop mißt man die Dichte des Feinstaubes an der Probestelle. Dazu dient ein kleiner Apparat, in dem sich eine Kammer für die Wetterprobe befindet. Durch diese mit staubhaltiger Luft gefüllte Kammer wird ein Lichtstrahl geschickt, der je nach der vorhandenen Staubmenge eine mehr oder weniger starke Streuung erfährt. Auf diese Weise erhält man einen Meßwert, aus dem auf die Staubmenge geschlossen werden kann.

In das Konimeter hingegen legt man eine nummerierte Glasscheibe ein, die bis zu 55 Staubproben

▼ Bevor festgestellt ist, welche „Staubzone“ an einem bestimmten Betriebspunkt herrscht, heißt es: rechnen! Staubmesser Lothar Köstel vor seinen Tabellen





aufnehmen kann. Staubmesser „schießen“ an allen zu überwachenden Punkten unter Tage Staubproben. „Schießen“ ist der Fachausdruck dafür, daß eine bestimmte Luftmenge von einem Kolben zusammengepreßt und auf eine Glasscheibe „geschossen“ wird, auf der der Staub dieser Luftmenge haften bleibt.

Jede Staubprobe erscheint auf der Glasscheibe als ein kreisrunder Fleck von etwa 0,5 Millimeter Durchmesser. Damit der Staub kleben

bleibt, muß die Platte vorher mit einer Vaseline-schicht von ungefähr 0,002 Millimeter Dicke bestrichen werden. Um unterwegs jegliche Verunreinigung aus der Luft fernzuhalten, wird jede Platte in einer eigenen Transportdose aufbewahrt. Zum Säuberspülen und Präparieren der Platten dient ein entsprechendes Gerät. Da beim Beschießen der Platten mit Staubproben auch Wasserdampf oder feinste Salzteilechen aus den Wetter mit dem Staub auf der Vaseline

▲ Staubmesser. Rudi Hickl mißt am Leseband von Kaiserstuhl Ostfeld mit dem Tyndalloskop die Staubdichte. Am Leseband arbeiten (v. l. n. r.) Heinz-Georg Eitzert, Werner Klaus und Max-Josef Werft

haften bleiben, spült man die Platten vor der endgültigen Auswertung mit einer Alkohollösung.

Das Projektions-Mikroskop hilft auswerten

Um den auf der Glasplatte festgehaltenen Staub zahlenmäßig auszuwerten, braucht man ein Projektions-Mikroskop. In diesem Apparat wird der Stauffleck auf das 180fache vergrößert und fotografiert. Eine sinnreiche Anordnung ermöglicht es, sämtliche Staubproben auf der Probeplatte in schneller Folge nacheinander zu fotografieren. So erhält man ein Bild, auf dem die einzelnen Staubeilchen erkennbar sind. Man könnte nun die Staubeilchen einzeln auszählen, was allerdings sehr zeitraubend und sogar überflüssig wäre, da man so genau nicht zu sein braucht. In der Praxis hat sich ein Verfahren durchgesetzt, nach dem die Staubbilder mit Standardbildern verglichen werden, die jeweils einen bestimmten Staubgehalt der Luft vorstellen. An Hand dieser Vergleichsbilder ordnet man die untersuchten Luftproben ein. Da der Grubenstaub aber – wie schon gesagt –

aus Kohlen und Bergen in wechselndem Verhältnis besteht, je nachdem an welchem Betriebspunkt die Staubprobe genommen wird, und da bekanntlich nur der Bergestaub die Staublunge hervorruft, muß man außerdem noch den Anteil an Bergen gesondert erfassen. Das geschieht auf folgende Weise: In einem Muffelofen verbrennt der Kohleanteil, während der Gesteinsstaub übrigbleibt. Nachdem man also die Staubprobe zunächst einmal sofort nach der Probenahme fotografiert hat, wiederholt man die Aufnahme nach der Veraschung ein zweites Mal.

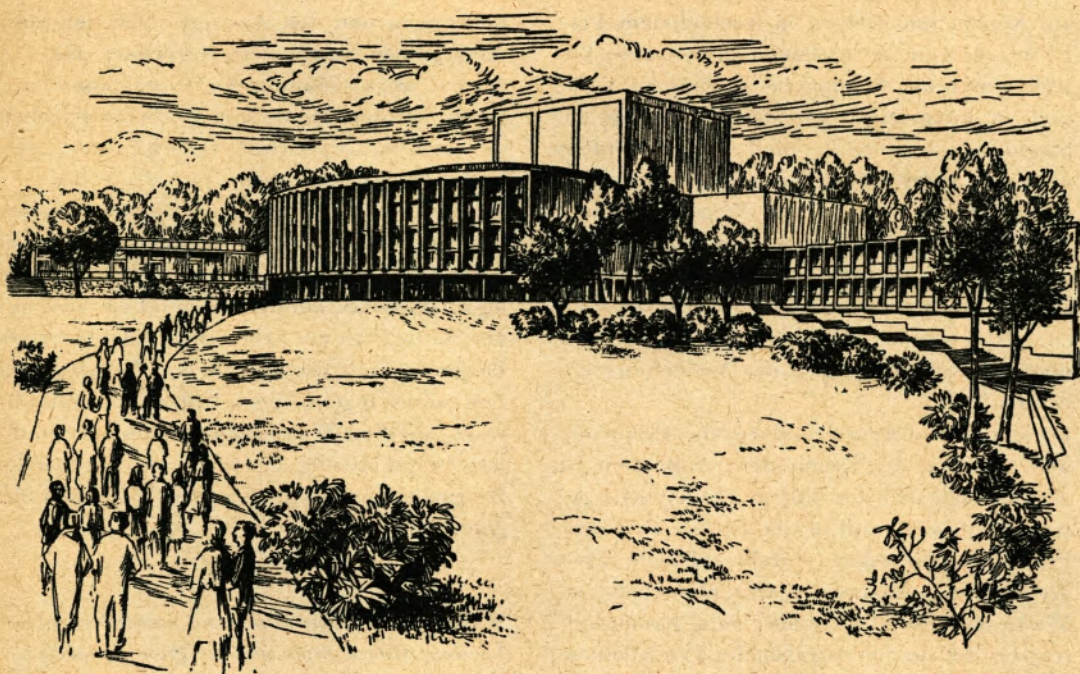
Diese Laborarbeiten erfordern viel Erfahrung und Geschick des Laboranten. Außerdem ist verständlich, daß der Untersuchende sehr gewissenhaft sein muß, da er täglich an einem Projektions-Mikroskop durchschnittlich etwa dreihundert Aufnahmen macht. Die erhaltenen Werte übermittelt das Labor dem Staubbeauftragten, der aus den Angaben der Tyndalloskop-

messungen und den Auswertungen der Konimeterproben Zahlenwerte errechnet, die wiederum in sogenannte Gefahrenklassen umgesetzt werden. Heute sind vier Klassen üblich, die „gering“, „mittel“, „hoch“ und „sehr hoch“ bezeichnet werden.

Nach dieser Einteilung ist der gesamte Untertagebetrieb auf seinen Staubgehalt hin in einer Kartei erfaßt. Außerdem besteht eine Belegschaftskartei, auf der vermerkt ist, wie hoch der Staubgehalt am Arbeitsplatz jedes einzelnen Bergmannes ist und auf die der Werksarzt den Befund der regelmäßigen Untersuchungen einträgt. Auf diese Weise kann und muß der Staubbeauftragte ständig überprüfen, ob der einzelne Bergmann entsprechend seiner Gesundheit eingesetzt ist.

▼ In einem Muffelofen werden die Staubproben verascht. Laborant Helmut Brink setzt die Proben gerade ein





Hoesch-Belegschaften spenden für das neue Haus der Ruhrfestspiele

Wer von uns in den vergangenen Jahren in Recklinghausen die Ruhrfestspiele besucht hat, wird verstehen und freudig begrüßen, daß nun endlich ein eigenes Festspielhaus gebaut werden soll. Wer hat sich nicht schon über die knarrenden Stühle und die Enge des unschönen Saales geärgert?! Wer hat nicht schon nach neuzeitlichen technischen Bühneneinrichtungen und einem Raum Umschau gehalten, der so groß ist, daß er wenigstens annähernd die Kartenwünsche der Besucher erfüllen kann?! Wer hat nicht schon empfunden, daß die Ruhrfestspiele ein Heim brauchen, in dem sie wirklich zu Hause sind? Ein Heim, das Symbol für die Idee der Ruhrfestspiele sein kann?!

Die Ruhrfestspiele, die 1946 in der Zeit der Not

gegründet wurden, haben inzwischen bewiesen, daß sie aus dem Land der Hochöfen und Fördertürme nicht mehr wegzudenken sind. Sie verdanken ihr Entstehen den Arbeitnehmern an der Ruhr. Der Gewerkschaftsbund und die Stadt Recklinghausen haben geholfen, die Initiative der Berg- und Hüttenleute zu verwirklichen. Deshalb ist auch das neue Haus vor allem ein Anliegen der Arbeitnehmer. Sie dürfen beim Bau des neuen Festspielhauses nicht beiseite stehen. All diese Gedanken bewegten auch den Gemeinschaftsausschuß der Betriebsräte aller Hoesch-Gesellschaften, als er am 20. Januar einstimmig und wohl als erste Arbeitnehmervertretung im Ruhrgebiet folgenden Beschluß faßte:

„Der Gemeinschaftsausschuß der Betriebsräte aller Hoesch-Gesellschaften, der mehr als 50 000 Belegschaftsmitglieder vertritt, beschloß in seiner heutigen Sitzung einstimmig, für den Bau des Hauses der Ruhrfestspiele im Volkspark zu Recklinghausen im Namen der Belegschaften der Hoesch Werke einen Betrag von etwa 50 000 DM, nämlich je Belegschaftsmitglied 1 DM, zu spenden.

Der Gemeinschaftsausschuß läßt sich, angeregt durch die Veröffentlichungen über den bevorstehenden Bau, von dem Gedanken leiten, daß die Ruhrfestspiele, die in größter Notzeit auf Initiative der Arbeitnehmer an der Ruhr vom Gewerkschaftsbund und der Stadt Recklinghausen gegründet wurden, heute wie damals ihre tiefe Berechtigung haben. In den vergangenen Jahren konnten die Kartenwünsche der Belegschaften nur in geringem Umfange befriedigt werden; dem soll das neue Haus abhel-

fen. Der Gemeinschaftsausschuß ist insbesondere aber auch der Ansicht, daß das Haus nicht nur mit staatlichen Mitteln erbaut werden sollte; die Bedeutung der Ruhrfestspiele für die Arbeitnehmer an Rhein und Ruhr verlangt auch eine Initiative der Arbeitnehmer.

Der Gemeinschaftsausschuß verbindet mit dieser Spende den dringenden Wunsch, daß in Zukunft – wie es in den vergangenen Jahren oft geschah – die Festspiele nicht nur auf Recklinghausen beschränkt bleiben, sondern daß möglichst viele Orte außerhalb Recklinghausens bespielt werden, damit das kulturelle Erlebnis breitesten Kreisen vermittelt wird; dabei sollte die Darbietung sich nicht auf das Theaterspiel beschränken, sondern auch andere kulturelle Erlebnisse umfassen und jeweils den Charakter eines echten, umfassenden, festlichen Ereignisses annehmen.“

passiert

notiert

fotografiert





◀ Nach einem kleinen Brand, den die freiwillige Feuerwehr von Hohenlimburg-Oege im Federnwerk der Hoesch Walzwerke schnell gelöscht hatte, hörte Paul Huf, der Betriebsratsvorsitzende des Federnwerks (auf unsrem Bild im hellen Mantel), von dem Wunsch der Feuerwehrleute, einmal die Westfalenhütte in Dortmund zu besuchen. Es dauerte nicht lange, bis dieser Wunsch Wirklichkeit wurde und die Hohenlimburger Feuerwehr sich auf der Treppe der Versuchsanstalt zum Erinnerungsfoto aufstellen konnte



▲ Auch die Handwerkerlehrlinge der Kaiserstuhl-Zechen möchten wissen, wie das Eisen erschmolzen, zu Stahl gehärtet und zu Band gewalzt wird, bevor es über einige weitere Umwege als Werkzeug in ihre Hände kommt. Deshalb hat auch diese Lehrlingsgruppe von Kaiserstuhl Ostfeld und Westfeld vor kurzem die Westfalenhütte besucht. Gespannt folgen die Jungen den Worten des Werksführers

1 und 2

72 000 Dortmunder haben den russischen Staatszirkus gesehen, als er auf seiner Deutschland-Tournee auch in der Westfalenhalle halt machte. Die weltberühmten Artisten nahmen während ihres Dortmunder Gastspiels gern die Gelegenheit wahr, den Hoesch Werken einen Besuch abzustatten. Unsr beiden Schnappschüsse zeigen die russischen Gäste auf der Hoesch-Westfalenhütte. Clown Popow – heute wohl der bekannteste Clown der Welt – auf dem Bild oben inmitten einer Gruppe Schmelzer von Hochofen 6



2

Eine Großstadt blickt in die Zukunft

Über die Gedanken Dortmunder Städteplaner

Die meisten von uns leben in den Großstädten des Ruhrgebiets, Städten also, die vieles miteinander gemeinsam haben. Um die gleiche Zeit und aus denselben Gründen begannen sie Ende des vorigen Jahrhunderts in ungeheurer Schnelligkeit zu wachsen, sie wurden im Krieg zumeist stark zerstört und stellen deshalb heute den Städteplanern einander ähnelnde Aufgaben. Deshalb gilt das, was wir über die städtebauliche Zukunft Dortmunds sagen, in ähnlicher Form auch für die anderen Großstädte des Reviers.

„Groß-Dortmund“ – auf dieses Wort sind die Dortmunder schon seit dreißig Jahren stolz, seit der Zeit nämlich, als die meisten Vororte der Stadt angeschlossen wurden.

„Groß-Dortmund“ – dieses Wort spricht auch der Stadtplaner nicht ohne Stolz aus, aber für ihn verbindet sich mit diesem Wort vor allem eine nicht immer leicht zu meisternde Aufgabe,

▼ Unsere drei Zeichnungen veranschaulichen den erfolgreichen Wiederaufbau Dortmunds nach dem Kriege. Das erste Bild zeigt den Stadtkern im Jahre 1939. Die bebauten Flächen sind dunkel angelegt. Sie beanspruchen rund siebzig v. H. der Gesamtfläche; für Straßen und freie Flächen waren also nicht mehr als dreißig v. H. übrig! Auf dem zweiten Bild wird deutlich, daß zum Ende des Krieges im Stadtkern nahezu kein Haus mehr stand, während in der gesamten Stadt siebzig v. H. aller Wohnräume zerstört waren. Das dritte Bild endlich läßt erkennen, daß nach dem Wiederaufbau das Verhältnis von Bau- und Verkehrsflächen sich geändert hat: es beträgt heute fünfzig zu fünfzig!

deren endgültige Lösung noch viele Jahre beanspruchen wird.

Das heutige Dortmund stellt nämlich für den Stadtplaner etwas wie „eine Satellitenstadt im Rohzustand“ dar. Der Stadtplan zeigt deutlich, daß der Stadtkörper in drei voneinander geschiedene Teile getrennt ist: in den in Jahrhunderten wechselvoller Geschichte erwachsenen Stadtkern, in die zusammenhängend bebaute Innenstadt, die seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts im Umkreis dieses Kerns erwuchs und schließlich in die Außenstadt, den Kranz der 61 Vororte, die zwischen 1905 und 1929 eingemeindet wurden und damit das Stadtgebiet auf über 27000 Hektar erweiterten und die Einwohnerzahl auf mehr als eine halbe Million erhöhten.

Auflockern, auflockern, auflockern!

Jeder der drei Teile des Stadtkörpers gibt den Stadtplanern ganz besondere Aufgaben auf. Soweit sie den Stadtkern betreffen, heißen sie knapp zusammengefaßt: für den fließenden und ruhenden Verkehr müssen ausreichende Flächen bereitgestellt werden, Grundstücke müssen deshalb teilweise neu geordnet werden, und für die nicht vorausberechenbare Zukunft gilt es, Grundstücke freizuhalten. Die Stichworte der Stadtplaner hießen deshalb für den Stadtkern – das gilt aber auch für die künftige Gestaltung der Innenstadt –: Auflockern, auflockern, auflockern!

Der Ruf der Stadtplaner nach einer aufgelockerten Bebauung auch in der Innenstadt rührt daher, daß dieser Stadtring in den von allen guten Geistern der Stadtbaukunst verlassenen Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts erwachsen ist – in den Jahrzehnten der Industrialisierung, die vom Rausch des Gründens geradezu besessen waren. Opfer dieser überstürzten Entwicklung wurden Zehntausende von Menschen, die damals in die Städte strömten und in menschenunwürdigen Quartieren zusammengepfercht wurden. Der karge Raum zwischen den Wohnblöcken mußte und wird deshalb grüne Ausruhplätze für die Alten und gefahrlose Spielanlagen für die Kinder erhalten. Leider sind diese Gebiete aber vielfach noch von häßlichen und oft geräuschvollen Kleingewerbebetrieben besetzt. Daran konnte die Stadt bislang nichts ändern, weil zu allererst der Stadtkern selbst aufgelockert werden mußte und die verständlicherweise beschränkten Möglichkeiten der Verwaltung vorerst vor allem dazu verwandt werden mußten, die Straßen zu verbreitern, die neuerliche „Verbauung“ kriegszerstörter Innenhöfe einzuschränken und wenigstens hier und dort größere Schulgrundstücke und verschiedene Kinderspielflächen in die vorhandenen Lücken einzuschieben.

Ein gesundes Verhältnis: fünfzig zu fünfzig

Unsere drei Bilder geben einen Überblick über die großzügige Planung, die dem Wiederaufbau

DORTMUND VOR DER NEUORDNUNG



DORTMUND SCHADENPLAN



DORTMUND NACH DER NEUORDNUNG





▲ Klare, schlichte Linien kennzeichnen das neue Stadthaus, das sich neben dem alten Rathaus erhebt. Im Hintergrund der Reinoldi-Turm



des Stadtkerns in Dortmund voranging und über die Erfolge, die auf diese Weise erzielt werden konnten. Das erste Bild zeigt den Stadtkern im Jahre 1959. Die bebauten Flächen sind dunkel angelegt. Sie beanspruchen rund siebenzig v. H. der Gesamtfläche; für Straßen und freie Flächen waren also nicht mehr als dreißig v. H. übrig! Auf dem zweiten Bild wird deutlich, daß zum Ende des Krieges im Stadtkern nahezu kein Haus mehr stand, während in der gesamten Stadt siebenzig v. H. aller Wohnräume

zerstört waren. Das dritte Bild endlich läßt erkennen, daß nach dem Wiederaufbau das Verhältnis von Bau- und Verkehrsflächen sich geändert hat: es beträgt heute fünfzig zu fünfzig! Das ist ein schöner Erfolg; zweifellos bleibt aber auch in Zukunft noch viel zu tun. Es gilt vor allem zu verhüten, daß sich die Innenstadt noch weiter ausdehnt, indem man – soweit dies überhaupt möglich ist – einen Ring von Grün- und Erholungsflächen als Sperrriegel um das über-völkerte Stadtgebiet legt. Das Ziel sieht etwa

so aus: mehr als ein Drittel der Menschen, die heute in der Innenstadt wohnen, müßten in die besseren und gesunderen Wohnviertel / der Außengebiete übersiedeln. Die übrigbleibenden Wohnhäuser aber sollten durch Grünflächen mehr Luft erhalten.

Das große Ziel: eine organische Einheit

Soweit der Stadtkern und soweit die Innenstadt. Was für sie zu tun ist, steht dem Stadtplaner

► So stellte sich Groß-Dortmund nach den Eingemeindungen dar. Man erkennt, wie die Stadt in das anschließende Industrieviertel und in die landwirtschaftlich genutzten Gebiete übergeht: im Norden und Osten setzt sie sich recht eindeutig ab, im Westen und Süden dagegen verfließt sie sich zu einem Netz von formlosen „Bebauungsbändern“ längs der Verkehrsstraßen

Bild rechts außen: Ein Leitplan für Groß-Dortmund zeigt die künftigen Baugebiete. Sie sind abgestuft nach den helleren Wohnflächen, den dunkleren Gewerbegebieten und dem schwarzgetönten Stadtkern



◀ *Blick auf den Dortmunder Stadtkern, der nach den furchtbaren Kriegszerstörungen stark aufgelockert wiedererstand. Im Mittelpunkt die Reinoldikirche, das Wahrzeichen der Stadt*

klar vor Augen. Die wichtigste Aufgabe des Stadtplaners aber liegt nicht in einem der drei Teilgebiete allein beschlossenen. Sie heißt vielmehr in knappen Worten: aus Stadtkern, Innenstadt und Vororten eine übergeordnete Einheit – eine organische Stadt – erstehen zu lassen.

Unsere Abbildung deutet an, wie sich das neue Groß-Dortmund nach den Eingemeindungen darstellte. Man erkennt, daß die Dortmunder Stadtlandschaft in das westlich anschließende Industrierevier und in den östlich und nördlich vorwiegend landwirtschaftlich genutzten Raum Westfalens übergeht. Recht eindeutig setzen sich der östliche und der nördliche Stadtraum gegen das landwirtschaftliche Umland ab, dagegen verflechten und verfilzen sich im Westen und auch im engeren Süden die bebauten Zonen zu einem für die Industrielandschaft typischen Netz formloser und ungegliederter „Bebauungsbänder“ längs der Verkehrsstraßen. Sie bieten das Urbild städtebaulicher Gestaltlosigkeit. Aber auch schon im Osten und Norden zeigt sich die Neigung der Vororte, ineinander zu fließen, und deshalb ist es die erste und grundlegende Forderung, zunächst einmal die einzelnen Vororte durch Grünfugen voneinander zu trennen und jeden Vorort klar zu begrenzen.

Für 750 000 Dortmunder wird geplant

Ein Leitplan für Groß-Dortmund zeigt die künftigen Baugebiete (unsere Abbildung). Sie sind abgestuft nach den helleren Wohnflächen, den dunkleren Gewerbegebieten und dem schwarzgetönten Stadtkern. Die Form und Größe der neuen Baugebiete hat sich aus zahlreichen, einander oft ergänzenden, häufiger aber widersprechenden und deshalb mühsam gegeneinander abzuwägenden Gesichtspunkten ergeben. Diese Baugebiete werden 750 000 Einwohnern Wohnraum geben. Man nimmt nämlich an, daß diese Zahl in absehbarer Zeit nicht überschritten wird.

Die letzte Abbildung schließlich deutet auf eine der wichtigsten Forderungen hin, die einer modernen Großstadt heute gestellt werden: „die Streuung der Industriestandorte“. Das heißt, daß die bedeutendsten Arbeitsstätten der Stadt über möglichst große Teile des Stadtgebietes verteilt sein sollen. Im Umkreis der Dortmunder Innenstadt und des großen im Südosten vorgelagerten Vorortes Hörde sind es vor allem vier Hüttenwerke. Im Außengebiet – vom Südwesten über West und Nord bis zum Nordosten – handelt es sich fast ausschließlich um Zechen. Diese von der Lage der Kohle abhängige Besonderheit berechtigt uns vor allem, Groß-Dortmund als eine von Natur her angelegte Satellitenstadt zu bezeichnen.

Um die Kernstadt ein Kranz von Satelliten

Es ist nämlich das Wesen dieser Stadtform – die übrigens dem abendländischen Städtebau als eine der erstrebenswertesten Grundformen für die moderne Großstadt vorschwebt –, daß sich um eine in der Größe möglichst beschränkte Kernstadt ein Kranz von Vorortsatelliten legt, die aber keineswegs reine Wohn- oder sogar Schlafstädte für die im Stadtkern beschäftigte Bevölkerung sein, sondern sich vielmehr zu weitgehend selbständigen Gebilden auswachsen sollen.

Im Grunde will man damit nicht mehr und nicht weniger erreichen, als daß der Stadtkörper in großem Maßstab aufgelockert wird – eine Notwendigkeit, die das Zusammenleben Hunderttausender Menschen erzwingen hat.

Auch die noch nicht zu Ende gediehene Entwicklung des motorisierten Verkehrs erzwingt diese Auflockerung und – ermöglicht sie zugleich! Denn es ist einfach unmöglich, in absehbarer Zeit mehr als 100 000 Menschen in einer geschlossenen, ungegliederten Innenstadt unterzubringen. Die weiten Wege aber, die die erstrebte Satellitenstadt mit sich bringt, hilft ein entsprechend ausgebautes Netz moderner Straßen- und Nahverkehrsmittel zu bewältigen. Für die Selbständigkeit der Vororte bilden also die im Außengebiet verteilten Großarbeitsstätten eine wesentliche Grundlage. Das soll aber nicht heißen, daß nur ein solches Industriewerk einen Stadtsatelliten rechtfertigt. Auch reine Wohnvororte – wie sie sich besonders im Dortmunder Süden bilden – haben als Ausnahmen durchaus ihr Lebensrecht. Im großen und ganzen aber ist es sehr wichtig, kleinere und mittlere Gewerbebetriebe in Zukunft aus der überfüllten Innenstadt in dafür geeignete Satelliten überzuleiten.

Eine zweite Maßnahme, mit der die Selbständigkeit der Außengemeinden gestärkt werden muß, heißt: Schulen, Sportanlagen und Sozial Einrichtungen aller Art müssen richtig gestreut werden. Denn die Eigenständigkeit der Vororte darf sich nicht auf das Wirtschaftliche beschränken: das kulturelle Eigenleben ist ebenso wichtig. Die Lage neuer Real- und Oberschulen, neuer Jugendheime und Sportplätze muß gewissenhaft überlegt werden, denn sie bilden meist neue Schwerpunkte des Gemeinschaftslebens.

Jeweils mehrere Vororte bilden eine übergeordnete Einheit

Hieraus ergibt sich eine weitere Aufgabe für den Städtebauer. Denn es ist gewiß unmöglich, jedem der 61 Vororte eine Oberschule oder ein Hallenbad zuzuteilen. Allgemeiner ausgedrückt: kein Vorort ist groß genug, um allein als echter Satellit lebensfähig zu sein. Deshalb gilt es, aus jeweils mehreren Vororten übergeordnete Gemeinschaften mit entsprechenden „Kristallisationskernen“ zu bilden.

Damit ist in einfachen Worten das gesagt, was den Stadtplaner von heute am meisten beschäftigt: er versucht einmal – soweit es noch möglich ist –, den Stadtkern und die Innenstadt aufzulockern, und er bemüht sich zum ändern, die Vororte zu selbständigen Außengemeinden zu entwickeln, damit eine weiträumige, gesunde Großstadt entsteht, bei der sich ein Kranz von eigenständigen Vororten um den alten Kern legt.

▼ *Ein Beispiel für die großzügige Planung der Dortmunder Verkehrswege: ein neuer, vom Ruhrschnellweg abzweigender Zugang zur Stadt mit drei Auffahrten. Im Hintergrund der Hubschrauber-Landeplatz*



Achtzig Staaten an einem Tisch

Die Internationale Arbeitsorganisation in Genf

Die Internationale Arbeitsorganisation ist eine Vereinigung von achtzig Staaten, die sich verpflichtet haben, bessere Arbeits- und Lebensbedingungen in der ganzen Welt anzustreben. Die Internationale Arbeitsorganisation ist nämlich überzeugt, daß der Wohlstand in jedem Land der Welt gefährdet ist, solange noch in einem einzigen Land der Welt Armut herrscht. Die im Jahre 1919 durch den Artikel XIII des

Versailler Friedensvertrages gegründete Internationale Arbeitsorganisation ist eine der ältesten internationalen Organisationen. Nachdem sie zuerst im Rahmen des Völkerbundes gearbeitet hat, verband sie sich im Jahre 1946 mit den Vereinten Nationen und ist heute deren sozialpolitische Sonderorganisation.

Die Internationale Arbeitsorganisation ist damit zwar eine Art zwischenstaatliche Behörde, unterscheidet sich jedoch von ähnlichen Körperschaften, wie beispielsweise der Weltgesundheitsorganisation, weil ihre Ausschüsse nicht nur aus Regierungs-, sondern auch aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern zusammengesetzt sind.

Wie jeder andere Mitgliedstaat entsendet auch die Bundesrepublik Deutschland zu der alljährlich stattfindenden Internationalen Arbeitskonferenz zwei Regierungsvertreter und je einen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerdelegierten. Dabei sind die Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter nicht etwa an Weisungen der Regierung gebunden. Sie brauchen während der Konferenz der Politik ihrer Regierung oder des Sozialpartners durchaus nicht zuzustimmen.

Das Internationale Gesetzbuch der Arbeit

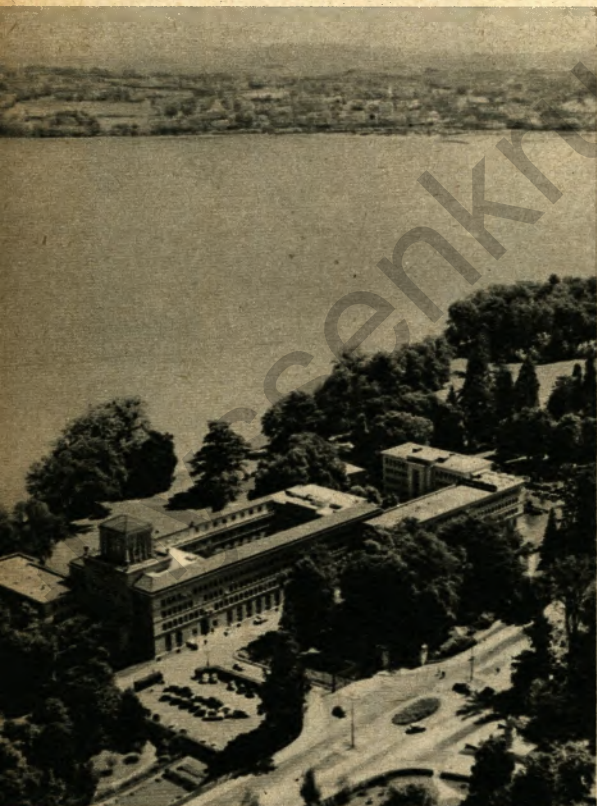
Die internationalen Arbeits- und Sozialnormen, die von der Internationalen Arbeitskonferenz behandelt und beschlossen werden, werden als sogenannte internationale Übereinkommen und Empfehlungen abgefaßt. Bisher wurden 107 Übereinkommen und 104 Empfehlungen ausgearbeitet.

Übereinkommen sind internationale Verträge,

die jedoch erst dann für einen Mitgliedstaat verbindlich sind, wenn sie vom Parlament dieses Staates angenommen werden. Bislang sind beim Internationalen Arbeitsamt (IAA) in Genf über 1800 Ratifikationsurkunden hinterlegt worden. Mit der Ratifikation übernehmen die Länder die Verpflichtung, dem Internationalen Arbeitsamt jährlich Bericht darüber zu erstatten, auf welche Weise sie die Bestimmungen der von ihnen ratifizierten Übereinkommen verwirklichen.

Zusammengefaßt ergeben Übereinkommen und Empfehlungen das sogenannte „Internationale Gesetzbuch der Arbeit“, das Bestimmungen für folgende Bereiche enthält: Soziale Sicherheit, Vereinigungsfreiheit, Schutz der Schiffsleute, Jugendarbeitsschutz, Gewerbeaufsicht, Mutterschutz, bezahlten Urlaub, Betriebsunfälle, Arbeitszeit.

Die Empfehlungen und Übereinkommen zum zuletzt genannten Thema – zur Arbeitszeit – sind gut geeignet, als Beispiel für die verdienstvolle Arbeit der Internationalen Arbeitsorganisation erwähnt zu werden. Als die IAO im Jahre 1919 gegründet wurde, empfahl sie sofort, den Acht-Stunden-Tag und die 48-Stunden-Woche einzuführen. Einige Länder hatten diese Arbeitszeitbegrenzung damals schon gesetzlich anerkannt – unter ihnen Deutschland im Jahre 1918 –, andere folgten der Empfehlung erst später. Die guten Ergebnisse ermutigten die IAO, 1935 eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit zu empfehlen und die 40-Stunden-Woche zu fordern. Wie lebhaft sich die IAO auch weiterhin mit den Fragen der Arbeitszeitverkürzung beschäftigte, zeigt sich darin, daß der Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, David A. Morse, vor einigen Jahren beauftragt wurde, einen eingehenden Bericht anzufertigen, aus dem die Möglichkeiten und Schwierigkeiten der Arbeitszeitverkürzung in der ganzen Welt hervorgehen sollten. Dieser Bericht stand auf der



◀ Die Internationale Arbeitsorganisation hat ihren Hauptsitz am Ufer des Genfer Sees in der Schweiz. Hier sind etwa 800 Angestellte tätig, die 60 verschiedenen Nationen angehören

Tagesordnung der vorjährigen Arbeitskonferenz in Genf.

Für weitere Übereinkommen und Empfehlungen – wie sie im Lauf eines Jahres von der IAO angenommen werden – mag das Jahr 1957 ein Beispiel sein: Zunächst wurde ein Übereinkommen unterschrieben, das die Zwangsarbeit verbietet und damit in das Gebiet der Menschenrechte fällt. Auf der Arbeitskonferenz 1957 wurden zwei weitere Urkunden angenommen: ein Übereinkommen und eine Empfehlung über Schutz und Eingliederung eingeborener Bevölkerungsgruppen in unabhängigen Ländern. Es sind die ersten bindenden Verpflichtungen dieser Art, die für Millionen Menschen in etwa dreißig Ländern wichtig werden. Und schließlich soll ein Übereinkommen, das eine ununterbrochene Ruhezeit von mindestens 24 Stunden je Woche forderte, die Arbeitsbedingungen im Handel und in den Büros vieler Länder verbessern.

Weltparlament der Arbeit

Das höchste Organ der Internationalen Arbeitsorganisation ist die schon erwähnte dreigliedrige Internationale Arbeitskonferenz. Sie ist eine Art Weltparlament der Arbeit, in dem Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer sozialpolitische Fragen erörtern und beraten. Die Konferenz entscheidet in öffentlichen Sitzungen über die Annahme der verschiedenen internationalen Arbeitsübereinkommen und Empfehlungen sowie über eingebrachte Entschließungsanträge. Durch ihre Beschlüsse wird der Weg der internationalen Arbeits- und Sozialpolitik festgelegt.

Das zweite Organ ist der Verwaltungsrat, der mehrmals im Jahr zusammentritt, um über Fragen der Politik und des Arbeitsprogrammes der Internationalen Arbeitsorganisation zu entscheiden. Seine vierzig Mitglieder werden von der Internationalen Arbeitskonferenz gewählt. Allerdings sind zehn Sitze ständig von Regierungsdelegierten der „Staaten mit der größten industriellen Bedeutung“ – unter ihnen seit 1954 wieder die Bundesrepublik Deutschland – besetzt. Die weiteren zehn Regierungssitze werden von den Delegierten anderer Länder eingenommen, die alle drei Jahre neu gewählt werden. Im selben Wechsel werden die je zehn Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter von ihren Gruppen gewählt. So wurde beispielsweise 1957 der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Willi Richter, als Arbeitnehmervertreter in den Verwaltungsrat gewählt.

Das Internationale Arbeitsamt ist das ständige Sekretariat der Internationalen Arbeitsorganisation. Mit Hilfe seiner Zweigämter, deren eines sich in Bonn befindet, und seiner Korrespondenten sammelt es sozialpolitisch interessante Unterlagen aus aller Welt und steht mit seinen Mitarbeitern Regierungen, Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Verfügung. Neben der Forschung zählt es zu seinen Hauptaufgaben, die Berichte vorzubereiten, die den von der Internationalen Arbeitsorganisation in der ganzen Welt einberufenen Konferenzen als Arbeitsunterlage dienen. Außerdem leitet das Amt die Arbeit der aus verschiedenen Ländern ausgewählten und mit Aufgaben aus dem Technischen Hilfeleistungsprogramm der Vereinten Nationen beauftragten Sachverständigen.

Ausschüsse der Internationalen Arbeitsorganisation

Wo werden aber die besonderen sozialen Fragen des Kohlenbergbaus, der Eisen- und Stahlindustrie und der metallverarbeitenden Industrie international behandelt?

Auch hierfür hat die Internationale Arbeitsorganisation einen Weg gefunden. So hat sie seit dem Jahre 1945 acht Industrieausschüsse geschaffen, die die Aufgabe haben, die Arbeitsprobleme zu untersuchen, die sich in den folgenden Wirtschaftszweigen ergeben: Binnentransport, Kohlenbergbau, Eisen- und Stahlindustrie, metallverarbeitende Industrie, Textilindustrie, Erdölindustrie, Bauindustrie und chemische Industrie. An den Sitzungen dieser Ausschüsse nehmen je zwei Regierungs-, Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter derjenigen Länder teil, in denen die betreffende Industrie größere Bedeutung hat.

Diese Ausschüsse nehmen weder Übereinkommen noch Empfehlungen an, und ihre Beschlüsse sind nicht verpflichtend. Sie ermöglichen aber eine unmittelbare Prüfung aller anstehenden Probleme. Da diese Ausschüsse die Vertreter der Regierungen, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eines Industriezweiges aus der ganzen Welt zusammenführen, erleichtern sie, international gültige Vorschläge zu machen, die später von der Internationalen Arbeitskonferenz übernommen werden und auf diese Weise viele brennende soziale Fragen meistern helfen.

▼ Blick in eine der Vollversammlungen der Internationalen Arbeitskonferenz, die in der Versammlungshalle des Genfer „Palastes der Nationen“ stattfinden



Neue

Werkshalle

bei der

Maschinenfabrik

Deutschland

Wer in den vergangenen Wochen zum erstenmal seit langer Zeit über den weiträumigen Werkplatz der Maschinenfabrik Deutschland

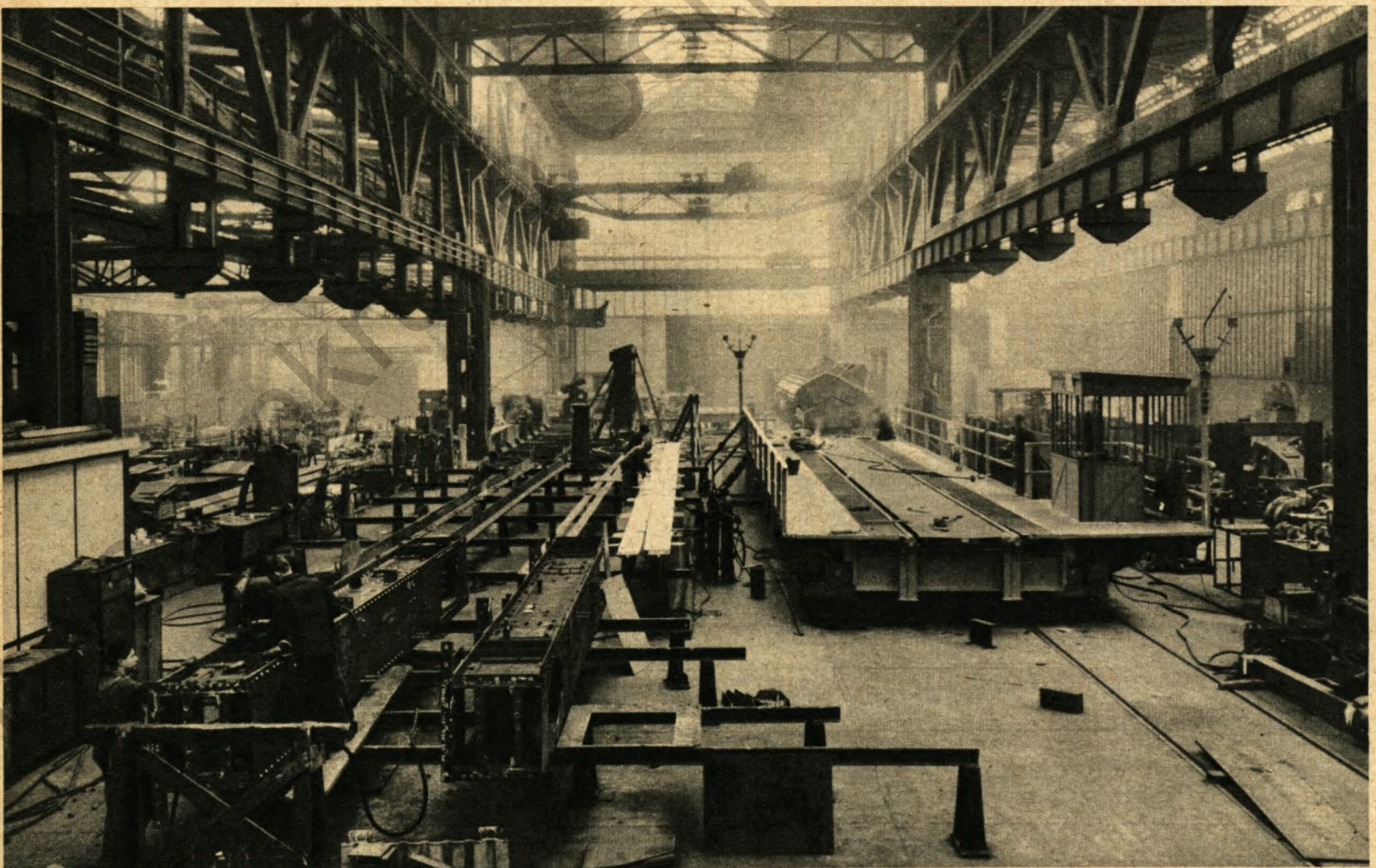
ging, konnte mit Genugtuung feststellen, daß dieser Platz wieder ein Gesicht bekommen hat. Die Kriegswunden sind geheilt, die zerrissene Hallenfront ist zu einem Ganzen zusammengewachsen. 155 Meter lang und 82 Meter breit ist jetzt die Fläche, auf denen die Hallen I bis IV zu einer einheitlichen Gebäudereihe verschmolzen sind. Neben Halle III, die schon acht Jahre steht – man erkennt es an den rauchverdunkelten Wänden und Fenstern –, glänzt in frischer Farbe und blitzenden Fenstern ein Neubau. Es ist die erweiterte Werkshalle II und III, in der die Abteilung Allgemeiner Maschinenbau arbeitet und mit der die letzte Lücke geschlossen wurde.

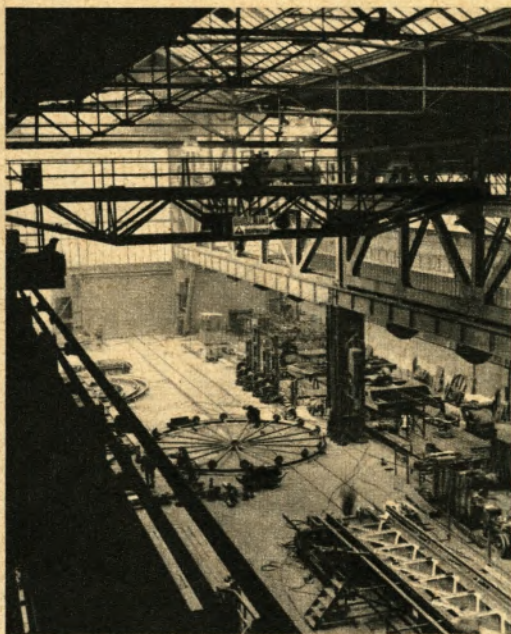
Wie fast alle anderen Werksgebäude waren im Krieg auch die Hallen II bis IV stark zerstört worden. Nur am Westende standen noch genügend Gebäudereste, so daß nach einigen Ausbesserungen die Arbeit bald nach Kriegsende wiederaufgenommen werden konnte. Gleich nach der Währungsreform drängte es am meisten, die Halle IV, in der der Werkzeugmaschinenbau untergebracht ist, zu erneuern und zu vergrößern. Danach wurden auch die Hallen II und III für den allgemeinen Maschinenbau erweitert, jedoch bei weitem nicht bis auf die ursprüngliche Größe. Dennoch mußte man schon bei diesem Ausbau die Hallendecke höher setzen, damit sie genug Raum für schwere Krane bot. Der Allgemeine Maschinenbau hatte nämlich sein Erzeugungs-



▲ Die Giebelfront der erweiterten Werkshalle mit den beiden Rolltoren, die zwei Einfahrten von je sieben Meter Breite und fünf Meter Höhe freigeben

▼ Blick in die Montagehalle des allgemeinen Maschinenbaus. Der neue Hallenteil beginnt dort, wo die beiden Kranbahnstützen stehen. Im Vordergrund links werden Kranträger montiert, rechts steht eine 23-Meter-Lok-Drehscheibe, dahinter ein Kokslöschwagen





▲ Blick von der Kranbahn zum neuen Hallenteil, an dessen Begrenzung ein Rollensternkranz für eine Wagen-Drehscheibe zusammengebaut wird

programm ausgedehnt: Hüttenwerkskrane und Kokereimaschinen waren hinzugekommen oder wurden in größerer Zahl als früher gefertigt. Da für den Bau großer Drehscheiben sehr viel Platz erforderlich ist, durfte man die Kranbahnstützen nur an den Anfang und an das Ende des Neubaus setzen. Und schließlich mußte eine zweite Kranbahn über die erste gelegt werden. Nach diesen Gesichtspunkten wurde im vergangenen Jahr die Halle III auf ihre endgültige Größe gebracht. Sie ist weiter erhöht worden, so daß nunmehr mehrere Zwanzig- und Fünfzig-Tonnen-Krane gleichzeitig eingesetzt werden können. Auch diesmal wurden Zwischenstützen der Kranbahn fortgelassen, so daß ein freier Raum von 42 mal 37 Meter entstand. Die Kranhakenhöhe beträgt bis zu zwölf Meter. Diese Abmessungen reichen aus, um größte Maschinenteile gut in der Halle bewegen zu können. Das ist beim Bau von großen Hüttenkränen, Gießkränen, Zangen- und Stripperkränen besonders wichtig. Insgesamt bedeckt die Halle 4 625 Quadratmeter.

Über die in der Halle verlegten Gleise, die durch das Werksgleis mit dem Bundesbahnnetz verbunden sind, können Eisenbahnwagen in das Werksgebäude rollen und gleich am Fertigungsort beladen werden. Für besonders schwere und große Lasten sind Werkstraßen für „Straßen-Sonderfahrzeuge“ ausgebaut. Durch gewaltige Rolltore – sie geben eine Einfahrt von sieben Meter Breite und fünf Meter Höhe frei – fahren diese Riesen der Landstraßen ein und aus.

Der ältere Meister der Maschinenfabrik Deutschland, der uns alles gezeigt und erklärt hat, weist noch einmal auf das neue Gebäude: „Jetzt kriegen wir auch die schwersten Brocken fertig!“ sagt er, und man merkt seiner Stimme an, daß er stolz auf diese Feststellung ist.

Helmut Turck 25 Jahre bei der Schmiedag

Am 15. Dezember 1958 konnte Helmut Turck, Betriebsratsvorsitzender der Schmiedag, Vorsitzender des Gemeinschaftsausschusses der Betriebsräte aller Hoesch-Gesellschaften und Oberbürgermeister der Stadt Hagen, sein 25jähriges Dienstjubiläum bei der Schmiedag AG feiern. WERK UND WIR hatte schon zweimal Gelegenheit, Helmut Turcks Werdegang darzustellen, einmal, als er am 12. November 1956 das erste Mal zum Oberbürgermeister seiner Heimatstadt Hagen gewählt worden war, zum andern, als er am 9. Juni 1958 fünfzig Jahre alt wurde. Wir wissen: es gefällt Helmut Turck ebensowenig, daß wir aus diesem Anlaß über ihn berichten, wie ihm nicht recht war, daß es sich an seinem Ehrentage neben dem Vorstand, seinen Betriebsratskollegen und vielen Kollegen aus dem Betrieb auch viele seiner Freunde in den Hoesch-Gesellschaften und bei den Gewerkschaften nicht nehmen ließen, ihm zu gratulieren. Auch die Stadtverwaltung fehlte nicht im Kreis derer, die zu seinem Jubiläumstage all der Arbeit, Verdienste und Erfolge Helmut Turcks gedachten, die er sich neben seiner betrieblichen Arbeit in seinen Ämtern und Funktionen in so reichem Maße erworben hat.

Am frühen Morgen fand die Jubilarfeier im Betrieb statt, an der neben dem Vorstand, dem Betriebsrat und zahlreichen Kollegen aus dem Betrieb auch Gerhard Elkmann vom Vorstand der Hoesch Werke als Vorsitzender des Aufsichtsrates der Schmiedag teilnahm. Er würdigte die Verdienste Helmut Turcks und brachte neben seinen Wünschen auch die des Vorstandes der Hoesch Werke AG zum Ausdruck.

Am Nachmittag schloß sich diesen Glückwünschen auch Dr. Harald Koch an. Beide – Gerhard Elkmann und Dr. Koch – dankten Helmut Turck für die mühevollen Arbeit, die er in all den Jahren – besonders aber in der schweren Nachkriegszeit – nicht nur für die Schmiedag, sondern darüber hinaus für die Hoesch Werke und alle ihre Belegschaften getan hat. Sie hoben hervor – und das wird jeder, der Helmut Turck kennt, unterstreichen –, mit welcher Einsatzbereitschaft und mit welcher Gründlichkeit er an alle ihm gestellten Aufgaben herangegangen ist. Sie erwähnten, daß es diese Eigenschaften, ebenso aber seine Sachlichkeit und sein Verständnis für die bestehenden Gegebenheiten und Notwendigkeiten sind, die dem Vorstand der Hoesch Werke AG die Zusammenarbeit mit Helmut Turck angenehm und fruchtbar macht.



▲ Gerhard Elkmann vom Vorstand der Hoesch Werke AG gratuliert Helmut Turck

Zusammenfassend läßt sich über Helmut Turck wohl kaum Besseres sagen, als es der Vorstand der Hoesch Werke AG in seinem Glückwunschbrief mit folgenden Worten ausgedrückt hat: „Wir nehmen die Gelegenheit zum Anlaß, Ihnen zu versichern, daß wir mit Ihnen als Sprecher der Betriebsräte vertrauensvoll zusammenarbeiten. Stets haben Sie die von Ihnen zu vertretenden Anliegen zwar mit Entschiedenheit, aber ebenso mit großer Sachlichkeit sowie voller Verständnis für die uns gegebenen Möglichkeiten und für die für uns bestehenden Notwendigkeiten vertreten. Ihre Kollegen haben in Ihnen einen ausgezeichneten Anwalt ihrer Angelegenheiten und wir einen fairen Verhandlungspartner; das miteinander zu verbinden, ist sicherlich manches Mal nicht ganz einfach.“

Als Sprecher für den Gemeinschaftsausschuß der Betriebsräte aller Hoesch-Gesellschaften und damit zugleich für alle Betriebsräte und Belegschaften von Hoesch gratulierte Albert Pfeiffer, Betriebsratsvorsitzender der Hoesch-Westfalenhütte. Er dankte Helmut Turck für seine unablässige Mühe und seine stete Bereitschaft, sich mit Umsicht und Tatkraft für die Anliegen der Belegschaften einzusetzen. Er sprach die Hoffnung aus, daß Helmut Turck noch viele Jahre erfolgreicher Arbeit auch als Belegschaftsvertreter für den gesamten Hoesch-Bereich gegeben sein mögen. Den Ansprachen aus dem Hoesch-Kreis schloß sich der Vertreter der Stadtverwaltung, Stadtdirektor Biederbeck, an. Er hob ganz besonders hervor, daß es Helmut Turck gelungen ist, sich das volle Vertrauen der Stadtverwaltung zu erwerben.

Was konnte man von Helmut Turck anderes erwarten, als die Abwehr dieses Dankes mit dem Hinweis, daß er nicht mehr als seine Pflicht getan habe. Er dankte allen, die gekommen waren und versicherte ihnen, daß sie auch weiterhin auf seinen vollen Einsatz und auf seine Mitarbeit rechnen dürfen, sei es im Betrieb, innerhalb der Betriebsräte der Hoesch Werke oder im öffentlichen Leben.

An dieser Stelle möchte sich auch WERK UND WIR den zahlreichen Gratulanten anschließen und Helmut Turck noch lange Jahre Gesundheit und erfolgreiche Arbeit wünschen!

◀ Viele Kollegen aus dem Betrieb ließen es sich nicht nehmen, Helmut Turck Glück zu wünschen

Wer macht mit bei unserem neuen Wettbewerb?

**Wir suchen den schönsten Kleingarten
unserer Dortmunder Mitarbeiter!**

Wenn im Frühling die Bundesgartenschau 1959 in Dortmund eröffnet wird, soll die ganze Stadt in grünem Schmuck prangen. Eine Fülle von duftenden und in allen Farben erblühenden Blumen, viele Grünanlagen und Parks, Blumenkästen in den Fenstern und auf den Straßen und selbstverständlich vor allem die Gartenschau im Dortmunder Süden sollen das rußige Grau der Industriestadt verdrängen und dem lebendigen Grün die Herrschaft übergeben.

Auch wir wollen mittun, wenn es gilt, Dortmund schöner zu machen! Deshalb rufen wir alle Belegschaftsmitglieder der Hoesch Werke, die im Dortmunder Raum einen Kleingarten hegen und pflegen, zu einem Wettbewerb auf. Es geht um den schönsten Garten! Wer ihn am besten gepflegt, am saubersten gehalten und am schönsten gestaltet hat, der soll den ersten Preis erhalten. Schon jetzt sind wir gespannt, ob es ein Gärtner von der Hafenwiese, vom Schwarzen Kamp von Waldfried, Westerholz oder Hansa – ob es ein Mitarbeiter der Westfalenhütte, der Kaiserstuhlzechen, der Maschinenfabrik Deutschland oder der Dortmunder Drahtseilwerke sein wird!

Warten wir ab bis es soweit ist. Überlassen wir die Wertung den Fachleuten, die schon im Mai ein erstes Mal die zum Wettbewerb angemeldeten Gärten besuchen wollen. Im August – nach dem zweiten Rundgang – werden sie ihr Urteil endgültig fällen, so daß wir die Preisträger in WERK UND WIR vorstellen können. Zögern Sie nicht! Machen Sie mit, wenn Sie das Garten-Einmaleins beherrschen! Schicken Sie eine Karte, auf der Sie Ihren Namen und Ihre Adresse, das Werk, bei dem Sie arbeiten, und die Lage Ihres Kleingartens angeben. Wir warten auf Ihre Nachricht!

REDAKTION WERK UND WIR
HOESCH WERKE AG
DORTMUND EBERHARDSTRASSE 12

EIN GARTEN WAR

In seinem Büchlein „Garten-Einmaleins“ erzählt Ernst Heimeran in humorvollen aber deshalb nicht weniger wahren Worten etwas über die Erde, die Sonne, das Wasser und die Luft – die vier Ur-Elemente, die für den Kleingärtner auch heute noch gelten.

Die Erde



Die vier Welt-Elemente der alten Griechen, Feuer, Wasser, Luft und Erde, sind auch die Elemente unsrer Gartenwelt. Obenan steht die Erde. Je besser die Erde, desto besser der

Ertrag. Daher trachten alle, die einen Garten besitzen, unaufhörlich nach guter, nach bester, nach idealer Gartenerde, und alle Gartenrezepte schreiben uns vor, zunächst einmal für gute Erde zu sorgen.

Das ist aber ein empörender Widerspruch, daß das, was erst im Laufe der Jahre durch unsre Gartentätigkeit entsteht, nämlich die berühmte gute Gartenerde, von Anfang an von uns ge-

fordert wird. Woher denn nehmen! Gute Gartenerde kommt auf unsrer Erde, wenigstens auf unsrer Stadt- und Siedlungserde, doch gar nicht vor, man muß sie daher erst herstellen oder kaufen. Zum Kaufen haben wir kein Geld und zum Herstellen keine Zeit. Das würde ja bedeuten, daß wir zunächst im Garten nichts machen als gute Erde. Wir wollen aber doch von Anfang an Pflanzen ziehen, nicht Erde!

Dieses aufreizende Problem lösen wir bequemen Gartenbastler am einfachsten dadurch, daß wir uns zunächst gar nicht groß darum kümmern, wie unsre Erde beschaffen ist. Das Garten-Einmaleins verrät genug Pflanzen, die in jeder Erde einigermaßen gedeihen, sofern Sie diese Ihre beliebige Erde ein bißchen herrichten. Das macht Spaß, na, wenigstens es befriedigt, besonders, wenn Sie sich dafür von Ihrer klugen Ehehälfte bewundern und beloben lassen. Wie schön ist es, noch am Abend an gegrabenem Land zu stehen, indessen es schon dunkelt und man eigentlich gar nichts mehr sieht: aber hell strahlt der Stern Ihres Fleißes.

Die Sonne



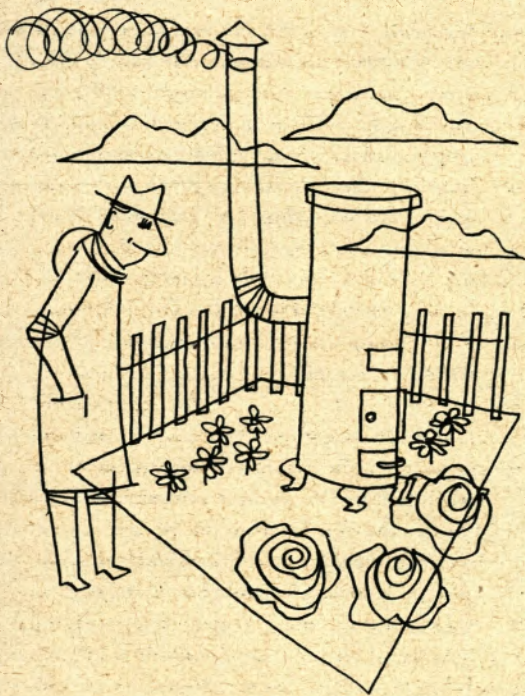
Mit der Sonne verhält es sich ähnlich wie mit dem Geld: nicht nur das Zuwenig, auch das Zuviel ist eine Last. Daher hört man in heißen Gegenden über das Zu-

viel nicht minder seufzen wie in kalten Landstrichen über das Zuwenig. Ja, man kann sich bekanntlich eher gegen Kälte schützen als gegen Hitze. Das sind so allgemeine Trostgründe für Garteninhaber, die nicht mit der vollen Sonne gesegnet sind, die zum Gartenbau als so selbstverständlich vorausgesetzt wird. Ist es aber nicht weit selbstverständlicher, daß uns da ein Baum, dort ein Haus und rundum eine Nachbarhecke Schatten macht? Sollen wir deshalb in solchen Lagen im Garten entsagen?

Mitnichten! Wir sehen einfach unseren kleinen Pflanzenkatalog, der darauf Bedacht nimmt, durch, welche Gewächse Schatten vertragen,



UND IST DAS PARADIES AUF ERDEN



ja verlangen, und richten uns danach ein. Denn so manches, was gemeinhin als Sonnenpflanze bezeichnet ist, gedeiht erstaunlicherweise noch im Halbschatten recht gut.

Das Wasser



Sonderbar: einem Gartenfreund regnet es nie genug. Es regnet ihm mitunter zwar zuviel, aber wenn er das Jahr im ganzen betrachtet, ist es trotzdem zuwenig.

Vom Standpunkt des reinen Gartengenusses könnte man auf Regen freilich überhaupt verzichten. Es ist zu bemängeln, daß der nötige Regen nicht des Nachts fällt, so daß man sich tagsüber erlustieren könnte, ohne naß zu werden und ohne gezwungen zu sein, naß zu machen. So aber ist beständig festzustellen, daß es schon wieder zu trocken geworden ist und daß nichts übrigbleibt als nachzuhelfen.

Mit erhobenem Zeigefinger wird einem in diesem Augenblick bedeutet, daß ein ordentlicher Gartenfreund dieses Wassergeschäft nur mittels Gießkanne und abgestandenem Wasser besorgen darf. Der Schlauch sei nur für den Rasen und in Ausnahmefällen zu dulden.

Ich habe mich immer gefragt, woher die ordentlichen Gartenfreunde denn über diese Unmengen von abgestandenem Wasser und körperlichen Kräften und Arbeitsstunden verfügen, die erforderlich sind, um einen Garten mit der Gießkanne zu bewältigen. Mein Regenfaß und mein Wasserbottich reichen allenfalls zu, um die empfindlichsten Saaten, Setzlinge und die leicht erkälteten Gurken zu gießen. Und schon das ist oft eine Schleppelei, daß die ganze Familie mit darunter leiden muß. Oh, wie habe ich als Kind den väterlichen Gemüsegarten gehaßt, in dem ich mithelfen sollte, und wie viele Jahre hat es gedauert, bis ich diesen Schock überwand und selbst Freude am Garten bekam. Ich finde daher, es ist ehrlicher zu sagen, daß das mit der Gießkanne und dem abgestandenen Wasser zwar ideal wäre, daß dieses Ideal für uns bequeme Liebhaber aber nicht in Frage kommt und daß wir uns daher lieber angewöhnen wollen, mit dem Schlauch vernünftig umzugehen. Das kann man nämlich, und dann macht das Spritzen wirklich Spaß und



hat außerdem den Vorteil, daß man nicht nur weit bequemer, sondern auch gründlicher damit arbeiten kann.

Die Luft



Schließlich ist beim Wachstum nämlich auch noch die Luft im Spiele. Unsere Pflanzen wollen nicht nur durch Erde gesättigt, durch Sonne erwärmt, durch Wasser getränkt sein –

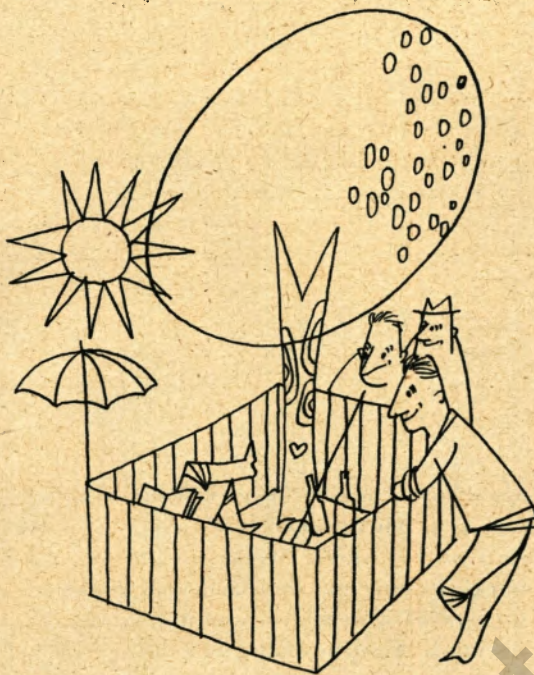
sie begehren genau wie wir, ihre Gärtner, nach guter Luft.

Was heißt da gut? Haben wir das etwa in der Hand? Ein bißchen. Es ist schon viel wert, wenn wir nur überhaupt daran denken, daß das, was wir Menschen „Zug“ nennen, unserem Garten ebenso wenig bekommt wie uns. Er kann zwar nicht rufen: „Mach doch endlich die Türe zu!“ doch ist die Ursache mancher Mißerfolge und Gartenkrankheiten einfach kalter ziehender Wind, den man durch Heckenpflanzungen abhalten kann. Ja, es genügt oft ein kleines Lattenspalier, um die Winde zu brechen. Sogar der Pfahl, den Sie dem Baum oder der Staude geben, hat nicht nur die Bedeutung des Haltes, sondern auch des Windbrechers. (Er muß daher immer gegen die Wetter-, die Westseite stehen.) Wie wichtig solche Vorkehrungen auch von der großen Landwirtschaft genommen werden, sehen Sie in allen flachen Gegenden, z. B. an der See, wo seit alters die Felder mit Hecken eingesäumt werden, den sogenannten Kniks. Auch das Element der Luft lernt man am besten und bequemsten verstehen, wenn man selbst als Versuchsperson seinen Garten abschreitet, dabei wohl einen Finger anleckt und wie ein Schüler aufstreckt, um das Strömen deutlicher zu spüren. Wo wir uns selber wohl fühlen, wird es auch unsern Pflanzen behagen; wo wir aber Schwüle spüren und von allerlei Insekten belästigt und gestochen werden, muß die Schere walten. Eines der befriedigendsten Gartengeschäfte obendrein, dieses Auslichten; man

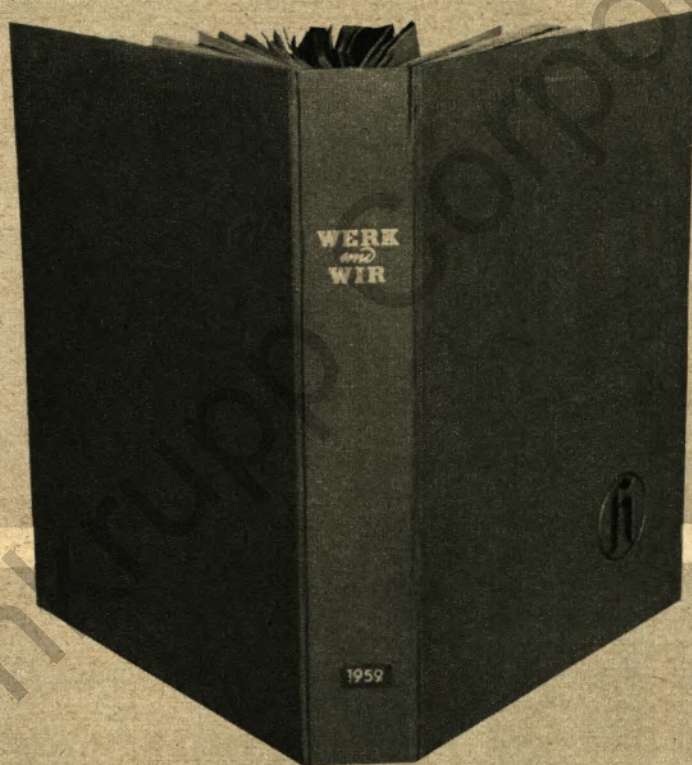
macht ein sehr überlegenes Gesicht dazu, hat im Handumdrehen einen Haufen Arbeit geschafft, so scheint es, und hat doch nur bequem gebastelt. Auch den Spaß eines Feuerchens kann man sich anschließend leisten; dieses frisst dorniges und allzu starkes Geäste, das unserem Kompost zu schwer verdaulich wäre, indessen ihm die gewonnene kalireiche Holzasche vorzüglich schmeckt (sofern man sie nicht unmittelbar Hülsenfrüchten und Zwiebelgewächsen zugute kommen lassen will).

Ja, wenn wir aber derart auslichten, schauen uns ja die Nachbarn und die Spaziergänger in den Garten herein, sagen Sie vielleicht. Nun und? Ist unser Garten denn ein Badezimmer? Und sind die Nachbarn nicht auch Gartenfreunde? Und wenn sie es nicht sind, dann stecken wir sie vielleicht dazu an, es uns nachzutun, wenn sie bemerken, daß wir uns nicht etwa kaputt rackern, sondern es so vergnügt und bequem nehmen. Es ist wirklich das Beste, sich um dieses Geschau nicht zu kümmern, und außerdem erfüllen wir damit eine Mission. Denken Sie nur, wenn wir alle Menschen anstecken könnten, Gärtner zu werden,

gäb's keine Kriege mehr. Das Paradies auf Erden: ein Garten war es; ein Garten würde es sein.



Die Sammelmappe 1959 ist da!



Glauben nicht auch Sie, daß Ihnen WERK UND WIR mehr Freude macht, wenn Sie alle Hefte des Jahres in einem Sammelband geordnet aufbewahren?

Sie brauchen nur bis zum eingeklebten Papierstreifen umzublättern, die vorgedruckte Karte auszufüllen und abzuschicken – und WERK UND WIR wird immer für Sie bereitliegen, wenn Sie etwas über das „Werk und uns“ wissen wollen.

Ärgerliche blaue Briefe

In diesen Tagen haben viele Postboten eine unangenehme Aufgabe. Sie bringen einigen Vätern oder Müttern die sogenannten blauen Briefe ins Haus. In ihnen steht schwarz auf weiß, daß Ingrid oder Eberhard in Deutsch und Rechnen im Osterzeugnis eine Fünf zu erwarten haben. Damit ist die Versetzung gefährdet, wenn nicht ausgeschlossen. Mancher betroffene Vater und manche Mutter tragen diese neue Sorge jetzt täglich mit sich herum. Sie ist wirklich verständlich – dennoch möchte WERK UND WIR am Anfang dieser Zeilen feststellen: Auch Bismarck ist in der Schule sitzengeblieben!

So eine Blamage, Eberhard ist sitzengeblieben! Seltsam, daß Eltern ihrem Sohn eher eine Frechheit als Dummheit verzeihen. Frau Lange hat es eine Zeitlang im Hause geheimzuhalten versucht. Aber durch die Kinder kam es doch heraus: Eberhard wird nicht versetzt!

Seitdem sieht man Frau Lange mitleidig an. Manchmal meinen die Bekannten mit Schadenfreude: „Das ist ja schrecklich für Sie! Was hat denn bloß Ihr Mann dazu gesagt?“

„Spielen gibt es überhaupt nicht mehr!“ wettert der Vater. „Ab jetzt werden nur noch Schularbeiten gemacht. Ich habe es doch schon lange kommen sehen. Nur seine Flugzeuge hat der Junge im Kopf. Und du hast ihn noch unterstützt“, wendet er sich an die Mutter.

Eberhard sitzt unterdessen mit eingezogenem Kopf am Mittagstisch. Wie ein Gewitterregen prasselt die Standpauke auf ihn nieder. Eingeleitet durch zwei kräftige Ohrfeigen: „Muß ich das mit dir erleben! So eine Schande! Das könnte einem doch wirklich erspart bleiben.“

Eberhard hat es zuerst leid getan, seine Eltern betrüben zu müssen, aber nach diesen Worten fühlt er sich seltsamerweise gar nicht mehr so schuldbewußt. Plötzlich ist er auf Abwehr eingestellt: „Sollen sie nur alle schimpfen! Ich mach' ja sowieso alles falsch. Wenn ich nicht mehr an meine Flugzeuge darf, tue ich gar nichts mehr. Dann ist mir alles egal.“

„Ab jetzt wird nur noch gearbeitet“, hat der Vater gesagt. Daß aber Arbeit und Spielen oft ineinander übergehen und daß eins das andere beflügelt, hat man vergessen. Sicher, es ist höchst ärgerlich, daß Eberhard sitzengeblieben

ist. Man will doch nur das Beste aus dem Jungen machen! Aber der Ärger war eben zu groß, sich so mit dem Sohn zu blamieren. Daß aber auch nichts so „funktioniert“, wie man es sich vorstellt. Und dann war da noch der Lehrer. Es kam den Eltern schon lange so vor, als wenn der Junge ihm nicht sympathisch wäre. Mit diesen Gedanken rückt die eigene Blamage in den Vordergrund, und so entsteht – wenn man es recht bedenkt – ein völlig falsches Bild.

Wer nichts leistet, gilt auch nichts

„Dumm und faul“, hat der Vater geschimpft. „Zu nichts zu gebrauchen“ und kein gutes Haar an ihm gelassen.

Sicher, die Tatsache besteht, Eberhard hat das Ziel der Klasse nicht erreicht. Warum eigentlich nicht?

Es gibt viele Ursachen, die zu seinem Versagen geführt haben können. Manches Kind ist mit sechs Jahren überhaupt noch nicht schulreif. Von der ersten Klasse an hinkt es hinter den anderen her. Das spornt seine Lust zum Lernen bestimmt nicht an. Bemüht es sich doch wahrscheinlich genauso wie seine Mitschüler, das Ziel der Klasse zu erreichen. Wer nichts leistet, gilt auch nichts – heißt es in der Schule wie im Leben. Leicht verliert man das Selbstvertrauen und den Mut, wenn es mit der Leistung nicht klappen will. Die bekannten Minderwertigkeitsgefühle stellen sich ein. „Noch einmal dieselbe Klasse!“ sagt der Lehrer. Und nun geht es plötzlich! Die Leistungen genügen den Ansprüchen. Das dauernde schlechte Gewissen, nicht richtig vorbereitet zu sein – weil man den Lehrstoff nicht versteht – hat aufgehört. Der Anschluß ist gefunden und reißt so leicht nicht wieder ab. Das Kind kommt mit und hält sich im guten Durchschnitt der Klasse.

„Aber gegen Faulheit ist kein Kraut gewachsen“, meint Herr Lange. „Wer für nichts Interesse hat, kommt auch nicht weiter.“

Ist Eberhard denn so unaufgeschlossen? Er bastelt doch mit so viel Eifer an seinen Flugzeugmodellen, und unterwegs fragt er nach jeder Pflanze und jedem Tier. Schade, daß die Eltern nur wenig auf seine Fragen eingehen. „Du mußt dich beim Lehrer erkundigen“, heißt es manchmal. Man weiß ja selber in vielem nicht mehr so richtig Bescheid. Die Frage geht unter, obwohl vielleicht zu Hause ein Lexikon steht, in dem man hätte nachsehen können.

Lebendiges Lernen

Das theoretische Wissen haftet am besten, wenn es im Alltag lebendig gemacht werden kann. Es wird verständlich, wenn es zum Leben in Beziehung tritt.

Eberhard war schon einmal bei seinem Freund zum Mittagessen eingeladen. Da geht es aber hoch her. Alle sitzen rund um den Familientisch, und die Kinder berichten lang und breit von den Schulerlebnissen. Die ganze Familie hört zu. Und jeder hat noch etwas dazu zu sagen. Eberhard hat so etwas zu Hause nie erlebt.

„Kann auch sein, daß sich Eberhard schlecht

konzentrieren kann. Oder hat zu Hause zuviel Ablenkung?“ fragt der Lehrer, als Frau Lange in ihrer Not bei ihm vorspricht.

„Ja, er bleibt eigentlich nie richtig bei der Sache“, muß Frau Lange zugeben. „Nur bei dem, was ihm Spaß macht, ist er beständig.“ Der Lehrer rät ihr, Eberhard doch in Zukunft bei den Schularbeiten zu unterstützen. Natürlich nicht so, daß sie ihm alles vorsagt. Vielleicht kommen Eberhard die Schularbeiten wie ein Berg vor, der kaum zu überwinden ist. Da hilft es, wenn man ihm kleine Ziele steckt, auf die er lossteuern kann: „Erst das Rechnen! Das ist geschafft. Nun die Nacherzählung. Jetzt bleibt nur noch Zeichnen übrig. So schnell hast du es heute geschafft! Morgen wirst du es gut in der Schule können.“

Natürlich, für die Mutter ist diese Hilfe anstrengend. Sie überträgt nämlich ihren Willen auf Eberhard, ohne daß er es merkt. Sie spornt ihn an und nimmt ihm die Hemmungen, die selbst manchen Erwachsenen überkommen, wenn er eine zu große Aufgabe vor sich hat.

Allmählich wird die Mutter etwas mehr von dem Jungen verlangen und die Ansprüche steigern. Wenig Ablenkung, ein geregelter Tagesablauf und eine harmonische Familienatmosphäre wirken sich günstig aus.

Er ist augenblicklich unser Sorgenkind – der Sitzbleiber. Wir machen uns viele Gedanken um ihn und bemühen uns, ihm zu helfen. So wird es auch gelingen, daß er sich in der Schule zurechtfindet. Vielleicht wächst er uns dabei besonders ans Herz.



Werkstage

50 Trierer Walzwerk AG

8. 1. 1959 Hans Nink, Meister
Werk Trier

40 Altenessener Bergwerks-AG

2. 1. 1959 Hugo Endemann, Ausbauhelfer
Schachtanlage Emil
2. 1. 1959 Ludwig Klein, Tagesarbeiter
Schachtanlage Emil
2. 1. 1959 Josef Röhr, Fahrhauer
Schachtanlage Radbod
4. 1. 1959 Nikolaus Schweinsberg, Ausbauhelfer
Schachtanlage Radbod
4. 1. 1959 Hermann Veltum, Maschinist
Kokerei Emil
6. 1. 1959 Hermann Radtke, Steiger
Schachtanlage Radbod
7. 1. 1959 Alfred Schreiber, Tagesarbeiter
Schachtanlage Carl
14. 1. 1959 Ernst Pannebecker, Schlosser
Schachtanlage Emil
17. 1. 1959 Hubert Theißen, Heimleiter
Schachtanlage Emil
22. 1. 1959 Ludwig Koziorowski, Bahnreiniger
Schachtanlage Emil
26. 1. 1959 Wilhelm Gamm, Masch.-Bauführer
Verwaltung
29. 1. 1959 Karl Schnell, L.-Stuben-Arb.
Schachtanlage Fritz

Hoesch Bergwerks-AG

10. 1. 1959 Heinrich Pennekamp, Bahnreiniger
Fürst Leopold-Baldur
10. 1. 1959 Hugo Zikoll, Elektro-Steiger
Kaiserstuhl Ostfeld
11. 1. 1959 Walter Bachmann, Elektrohauer
Kaiserstuhl Ostfeld
31. 1. 1959 Leon Kubisch, Wächter
Kaiserstuhl Ostfeld

Hoesch-Westfalenhütte AG

2. 1. 1959 Heinrich Hille, Betriebsleiter
2. 1. 1959 Heinrich Indenbirken, Abf. und Verlader
2. 1. 1959 Gustav Rostek, Werkmeister
3. 1. 1959 Heinrich Haumann, Maschinist
3. 1. 1959 Heinrich Matzeik, 1. Scherenmann
4. 1. 1959 Franz Ibel, Betriebsschlosser
4. 1. 1959 Johann Ruppel, Maschinist
6. 1. 1959 Andreas Wydorski, Meister
7. 1. 1959 Oskar Klauke, Vorzeichner
7. 1. 1959 Hermann Ewert, Maschinist
8. 1. 1959 Friedrich Hengstmann, Vorzeichner
9. 1. 1959 Kasimir Nowakowski, Schichtführer
12. 1. 1959 Theodor Giesen, Baggermaschinist
12. 1. 1959 Heinrich Neuß, Maschinist
16. 1. 1959 Wilhelm Pesara, Maschinist
17. 1. 1959 Theodor Köster, Maschinist
17. 1. 1959 Johann Rogalla, Pfannenjäger
18. 1. 1959 Alfred Barthels, Kolonnenführer
19. 1. 1959 Albert Ritter, Karteiführer
20. 1. 1959 Heinrich Kritzler, Kolonnenführer
23. 1. 1959 Johann Neuhoß, Scherenvorarbeiter
25. 1. 1959 Hermann Heitmann, Vorarbeiter
28. 1. 1959 Franz Barzikowski, Sägevorarbeiter
29. 1. 1959 Friedrich Brinkmeier, Kraftfahrer
29. 1. 1959 Fritz Waltemathe, Kalklader
31. 1. 1959 Rudolf Kotz, Maschinist

Hoesch Walzwerke AG

15. 1. 1959 Paul Hartmann, Schlosser

Dörken AG

31. 1. 1959 Fritz Ellinghaus, Hilfsarbeiter

Schmiedag AG

1. 1. 1959 Heinrich Pampus, Prokurist

Maschinenfabrik Deutschland AG

28. 1. 1959 Fritz Canisius, Laborhilfe

25

Altenessener Bergwerks-AG

2. 1. 1959 Otto Briesse, Ausbauhelfer
Schachtanlage Fritz
2. 1. 1959 Erich Dettmann, Meisterhauer
Schachtanlage Emscher
2. 1. 1959 Otto Höing, Schmied
Schachtanlage Fritz
2. 1. 1959 Richard Klimossek, Elektriker
Kokerei Emil
2. 1. 1959 Johann Koslowski, Tagesarbeiter
Schachtanlage Emil
2. 1. 1959 Alois Oberpeilsteiner, Wachmann
Schachtanlage Carl
2. 1. 1959 Heinrich Watzlawik, Tagesarbeiter
Schachtanlage Fritz
2. 1. 1959 Adolf Wiegand, Kauenwärter
Schachtanlage Radbod
3. 1. 1959 Gustav Kijek, Wäschearbeiter
Schachtanlage Emil
4. 1. 1959 Artur Treichel, Schlosser
Schachtanlage Emil
5. 1. 1959 Paul Müller, Verwieger
Kokerei Emil
5. 1. 1959 Hermann Sachs, Verwieger
Schachtanlage Emil
10. 1. 1959 Friedrich Reese, Ausbauhelfer
Schachtanlage Emil
12. 1. 1959 Wilhelm Hendricks, Magazinarbeiter
Schachtanlage Fritz
13. 1. 1959 Hermann Feggeler, Hauer
Schachtanlage Fritz
15. 1. 1959 Anton Switalla, Elektrohauer
Schachtanlage Emil
22. 1. 1959 August Barmer, Tagesarbeiter
Schachtanlage Fritz
22. 1. 1959 Ernst Philberg, Hauer
Schachtanlage Fritz
22. 1. 1959 Hermann Schneider, Reviersteiger
Schachtanlage Fritz
25. 1. 1959 Anton Wiczykowski, Schlosser
Kokerei Emil

Hoesch Bergwerks-AG

5. 1. 1959 Gustav Becker, Tagesarbeiter
Kaiserstuhl Westfeld
3. 1. 1959 Emil Lindhof, Ausbauhelfer
Kaiserstuhl Westfeld
6. 1. 1959 Friedrich Oesingmann, Wetterkontrolleur
Kaiserstuhl Westfeld
16. 1. 1959 Friedrich Mai, Hauer
Kaiserstuhl Westfeld
18. 1. 1959 Wilhelm Heese, Rep.-Hauer
Kaiserstuhl Ostfeld
18. 1. 1959 Hans Strauß, Hauer
Kaiserstuhl Ostfeld
29. 1. 1959 Alois Heimann, Ausbauhelfer
Kaiserstuhl Ostfeld
29. 1. 1959 Heinrich Wiethaus, Hauer
Kaiserstuhl Ostfeld
30. 1. 1959 Friedrich Rüping, Hauer
Kaiserstuhl Ostfeld

Hoesch-Westfalenhütte AG

17. 1. 1959 Karl Wegner, Schmieder
29. 1. 1959 Georg Duda, Kurier
29. 1. 1959 Fritz Sassenscheidt, techn. Sachbearbeiter
29. 1. 1959 Adalbert Schachten, 1. Schmelzer
29. 1. 1959 Paul Weissbecker, Maurer
29. 1. 1959 Eduard Wiese, Schlosser
29. 1. 1959 Josef Wojcik, Schlosser

Hoesch Walzwerke AG

29. 1. 1959 Hugo Boecker, Vorarbeiter
Federnwerk

Schmiedag AG

3. 1. 1959 Johannes Schulz, Dreher
Werdohl
19. 1. 1959 August Buchholz, Meister
Grüntal

Maschinenfabrik Deutschland AG

21. 1. 1959 Hans Rumpa, Formier

Becke-Prinz GmbH

23. 1. 1959 Ewald Becker, Werkzeugschlosser
Werk Hemer

Hoesch Reederei und Kohlenhandel GmbH

5. 1. 1959 Franz Birle, Elektriker
Schiffswerft u. Maschinenfabrik
Mainz-Gustavsburg GmbH



Foto-Wettbewerb

Sport

Bild rechts: Nürburgring
Günter Michaelis, Hoesch Rohrwerke AG

Bild Mitte: Im Ziel
Rudi Krebs, Maschinenfabrik Deutschland AG

Bild unten links: Wildwasserfahrt
Willi Rühling, Hoesch-Westfalehütte AG

Bild unten Mitte: Vor dem Aufstieg zur Finalspitze
Franz Walzak, Altenessener Bergwerks-AG

Bild unten rechts: Harte Burschen
Heinz Rux, Maschinenfabrik Deutschland AG



Haben nicht auch Sie das eine oder andere Foto, das Ihnen gut gelungen ist? Gewiß hat es bei unserem Foto-Wettbewerb eine gute Chance! Alle Belegschaftsmitglieder der Hoesch Gesellschaften können an diesem Wettbewerb teilnehmen. Die Bildthemen sind freigestellt. Schicken Sie Ihre Abzüge - wenn möglich postkartengroß - an den:

**Foto-Wettbewerb WERK UND WIR ·
Hoesch Werke AG, Dortmund
Eberhardstraße 12**

